

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 27. Juni 1975 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Republik Brasilien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

A. Zielsetzung

Die deutschen privaten Investitionen in Brasilien betragen etwa 2 Milliarden DM. Sie werden weiter steigen. Es ist notwendig, diese Investitionen auf eine sichere vertragliche Grundlage zu stellen und Doppelbesteuerungen durch Steuerverzichte sowohl des Quellen- als auch des Wohnsitzstaates zu vermeiden.

B. Lösung

Das am 27. Juni 1975 unterzeichnete Abkommen trifft die erforderlichen Regelungen. Es sorgt vor allem dafür, daß deutsche Investitionen in Brasilien und der Technologie-Transfer nach Brasilien wesentlich von der brasilianischen Besteuerung entlastet und diese Entlastungen bei der deutschen Wohnsitzbesteuerung an den Steuerpflichtigen weitergegeben werden.

Das Abkommen ist ratifizierungsbedürftig (Artikel 59 Abs. 2 des Grundgesetzes). Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz soll das Abkommen die für die Ratifikation erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften erlangen.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Das Abkommen führt zu Mehr- und Mindereinnahmen, die sich in ihrer Höhe nicht schätzen lassen. Mehr- und Mindereinnahmen dürften sich ausgleichen.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
I/4 (IV/4) — 521 05 — Do 22/75

Bonn, den 28. Oktober 1975

An den Präsidenten
des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 27. Juni 1975 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Republik Brasilien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen mit Begründung. Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Abkommens in deutscher, portugiesischer und englischer Sprache, ein zugehöriges Protokoll und eine Denkschrift zum Abkommen sind beigelegt.

Der Gesetzentwurf ist von den Bundesministern der Finanzen und des Auswärtigen gemeinsam erstellt worden.

Die Vorlage ist dem Bundesrat am 6. Oktober 1975 als besonders eilbedürftig zugeleitet worden.

Schmidt

**Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 27. Juni 1975
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Republik Brasilien
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern
vom Einkommen und vom Vermögen**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 27. Juni 1975 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Republik Brasilien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Das Abkommen und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 30 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung**Zu Artikel 1**

Auf das Abkommen und das Protokoll findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das Aufkommen aus den von dem Abkommen und dem Protokoll zum Abkommen betroffenen Steuern gemäß Artikel 106 des Grundgesetzes ganz oder zum Teil den Ländern oder den Gemeinden zufließt.

Zu Artikel 2

Das Abkommen soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 30 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Durch das Abkommen verzichtet die Bundesrepublik Deutschland in gewissem Umfang auf Steuern, die dem Bund, den Ländern oder den Gemeinden zufließen. Andererseits brauchen gewisse, zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bisher eingeräumte Ermäßigungen an deutschen Steuern nicht mehr oder nicht mehr in bisheriger Höhe gewährt zu werden, weil die Doppelbesteuerung nach dem Abkommen schon durch Steuerverzichte Brasiliens beseitigt oder gemildert wird. Das sich ergebende Mehr- oder Minderaufkommen läßt sich nicht schätzen; es dürfte haushaltswirtschaftlich nicht ins Gewicht fallen.

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Föderativen Republik Brasilien
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Acordo
entre a República Federal da Alemanha
e a República Federativa do Brasil
para evitar a dupla tributação
em matéria de impostos sobre a renda e o capital

Agreement
between the Federal Republic of Germany
and the Federative Republic of Brazil
for the avoidance of double taxation
with respect to taxes on income and capital

DIE
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
und
DIE FÖDERATIVE
REPUBLIK BRASILIEN

VON DEM WUNSCH geleitet,
ein Abkommen zur Vermeidung der
Doppelbesteuerung auf dem Gebiet
der Steuern vom Einkommen und vom
Vermögen zu schließen

HABEN folgendes VEREINBART:

A REPÚBLICA FEDERAL
DA ALEMANHA

e

A REPÚBLICA FEDERATIVA
DO BRASIL

DESEJANDO concluir um Acordo
destinado a evitar a dupla tributação
em matéria de impostos sobre a renda
e o capital,

ACORDARAM o seguinte:

THE FEDERAL REPUBLIC
OF GERMANY

and

THE FEDERATIVE REPUBLIC
OF BRAZIL

DESIRING to conclude an Agree-
ment for the avoidance of double
taxation with respect to taxes on in-
come and capital,

HAVE AGREED as follows:

Artikel 1

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Perso-
nen, die in einem Vertragsstaat oder
in beiden Vertragsstaaten ansässig
sind.

Artigo 1

Pessoas visadas

O presente Acordo se aplica às
pessoas residentes de um ou de am-
bos os Estados Contratantes.

Article 1

Personal scope

This Agreement shall apply to
persons who are residents of one or
both of the Contracting States.

Artikel 2

**Unter das Abkommen
fallende Steuern**

(1) Steuern, für die das Abkommen
gilt, sind

a) in der Bundesrepublik Deutsch-
land:

die Einkommensteuer einschließ-
lich der Ergänzungsabgabe zur Ein-
kommensteuer,

die Körperschaftsteuer einschließ-
lich der Ergänzungsabgabe zur Kör-
perschaftsteuer,

die Vermögensteuer und

die Gewerbesteuer

(im folgenden als „deutsche
Steuer“ bezeichnet);

Artigo 2

Impostos visados

1. Os impostos, aos quais se aplica
o presente Acordo, são:

a) no caso da República Federal da
Alemanha:

o imposto de renda (Einkommen-
steuer), incluindo a sobretaxa (Er-
gänzungsabgabe) respectiva;

o imposto de sociedades (Körper-
schaftsteuer), incluindo a sobre-
taxa (Ergänzungsabgabe) respec-
tiva;

o imposto de capital (Vermögen-
steuer) e

o imposto comercial (Gewerbe-
steuer);

(doravante referido como "imposto
alemão");

Article 2

Taxes covered

1. The taxes to which the Agree-
ment shall apply are:

a) in the case of the Federal Repub-
lic of Germany:

the Einkommensteuer (income tax)
including the Ergänzungsabgabe
(surcharge) thereon;

the Körperschaftsteuer (corporation
tax) including the Ergänzungs-
abgabe (surcharge) thereon;

the Vermögensteuer (capital tax),
and

the Gewerbesteuer (trade tax)

(hereinafter referred to as "Ger-
man tax");

b) in Brasilien:

die Bundeseinkommensteuer (federal income tax) mit Ausnahme der Steuer auf übermäßige Überweisungen und Tätigkeiten von geringfügiger Bedeutung (im folgenden als „brasilianische Steuer“ bezeichnet).

(2) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder ähnlicher Art, die künftig neben den zur Zeit bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander erforderlichenfalls die in ihren Steuergesetzen eingetretenen wesentlichen Änderungen mit.

(3) Die Bestimmungen dieses Abkommens über die Besteuerung des Einkommens oder des Vermögens gelten entsprechend für die nicht nach dem Einkommen oder dem Vermögen berechnete deutsche Gewerbesteuer.

b) no caso do Brasil:

o imposto federal de renda (federal income tax), com exclusão das incidências sobre remessas excedentes e atividades de menor importância; (doravante referido como “imposto brasileiro”).

2. Este Acordo também será aplicável a quaisquer impostos idênticos ou substancialmente semelhantes que forem posteriormente criados, seja em adição aos impostos existentes, seja em sua substituição. As autoridades competentes dos Estados Contratantes notificar-se-ão mutuamente, se necessário, de qualquer modificação significativa que tenha ocorrido em suas respectivas legislações tributárias.

3. As disposições do presente Acordo em matéria de tributação da renda ou do capital aplicam-se igualmente ao imposto comercial alemão, calculado em base diversa daquela da renda ou do capital.

b) in the case of Brazil:

the federal income tax, excluding the tax on excess remittances and on activities of minor importance

(hereinafter referred to as “Brazilian tax”).

2. The Agreement shall also apply to any identical or substantially similar taxes which are subsequently imposed in addition to, or in place of, the existing taxes. The competent authorities of the Contracting States shall notify, if necessary, to each other any substantial changes which have been made in their respective taxation laws.

3. The provisions of this Agreement in respect of taxation of income or capital shall likewise apply to the German trade tax, computed on a basis other than income or capital.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

- a) bedeutet der Ausdruck „Brasilien“ die Föderative Republik Brasilien;
- b) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“ je nach dem Zusammenhang die Bundesrepublik Deutschland oder Brasilien und im geographischen Sinne verwendet das Hoheitsgebiet, in dem das Steuerrecht des betreffenden Staates gilt;
- c) bedeutet der Ausdruck „Person“ eine natürliche Person und eine Gesellschaft;
- d) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
- e) bedeuten die Ausdrücke „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ und „eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person“ je nach dem Zusammenhang eine in der Bundesrepublik Deutschland oder eine in Brasilien ansässige Person;
- f) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“ je nachdem ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;

Artigo 3

Definições gerais

1. No presente Acordo, a não ser que o contexto imponha interpretação diferente:

- a) o termo “Brasil” designa a República Federativa do Brasil;
- b) as expressões “um Estado Contratante” e “o outro Estado Contratante” designam a República Federal da Alemanha ou o Brasil, consoante o contexto, e, quando usadas em sentido geográfico, o território, no qual se aplicar a legislação tributária de um Estado Contratante;
- c) o termo “pessoa” designa uma pessoa física e uma sociedade;
- d) o termo “sociedade” designa qualquer pessoa jurídica ou qualquer entidade que, para fins tributários, seja considerada pessoa jurídica;
- e) as expressões “residente de um Estado Contratante” e “residente do outro Estado Contratante” designam uma pessoa residente da República Federal da Alemanha ou uma pessoa residente do Brasil, consoante o contexto;
- f) as expressões “empresa de um Estado Contratante” e “empresa do outro Estado Contratante” designam, respectivamente, uma empresa explorada por um residente de um Estado Contratante e uma empresa explorada por um residente do outro Estado Contratante;

Article 3

General Definitions

1. In this Agreement, unless the context otherwise requires:

- a) the term “Brazil” means the Federative Republic of Brazil;
- b) the terms “a Contracting State” and “the other Contracting State” mean the Federal Republic of Germany or Brazil, as the context requires, and, when used in a geographical sense, the territory in which the tax law of the State concerned is in force;
- c) the term “person” means an individual and a company;
- d) the term “company” means any body corporate or any entity which is treated as a body corporate for tax purposes;
- e) the terms “resident of a Contracting State” and “resident of the other Contracting State” mean a person who is a resident of the Federal Republic of Germany or a person who is a resident of Brazil, as the context requires;
- f) the terms “enterprise of a Contracting State” and “enterprise of the other Contracting State” mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State and an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;

g) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“

aa) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;

bb) in bezug auf Brasilien alle natürlichen Personen, die die brasilianische Staatsangehörigkeit besitzen, und alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in Brasilien geltenden Recht errichtet worden sind;

h) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“

aa) in der Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister der Finanzen;

bb) in Brasilien den Minister der Finanzen, den Staatssekretär für die Bundesfinanzverwaltung (Secretary of Federal Revenue) oder ihren bevollmächtigten Vertreter.

(2) Bei der Anwendung dieses Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder nicht anders definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, welche Gegenstand dieses Abkommens sind.

Artikel 4

Steuerlicher Wohnsitz

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

a) Die Person gilt als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt. Verfügt sie in beiden Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirt-

g) o termo “nacional” designa:

aa) com relação à República Federal da Alemanha, qualquer cidadão alemão nos termos do artigo 116, parágrafo 1, da Constituição da República Federal da Alemanha e quaisquer pessoas jurídicas, sociedades de pessoas e associações, constituídas de acordo com as leis em vigor na República Federal da Alemanha;

bb) com relação ao Brasil, todas as pessoas físicas que possuam a nacionalidade brasileira e todas as pessoas jurídicas, sociedades de pessoas e associações, constituídas de acordo com as leis em vigor no Brasil;

h) a expressão “autoridade competente” designa:

aa) na República Federal da Alemanha: o Ministro Federal das Finanças;

bb) no Brasil: o Ministro da Fazenda, o Secretário da Receita Federal (Secretary of Federal Revenue) ou seus representantes autorizados.

2. Para a aplicação do presente Acordo por um Estado Contratante, qualquer expressão, que não se encontre de outro modo definida, terá o significado que lhe é atribuído pela legislação desse Estado Contratante relativa aos impostos que são objeto do presente Acordo, a não ser que o contexto imponha interpretação diferente.

Artigo 4

Domicílio fiscal

1. Para os fins do presente Acordo, a expressão “residente de um Estado Contratante” designa qualquer pessoa que, em virtude da legislação desse Estado, esteja aí sujeita a imposto em razão de seu domicílio, de sua residência, de sua sede de direção ou de qualquer outro critério de natureza análoga.

2. Quando, por força das disposições do parágrafo 1, uma pessoa física for residente de ambos os Estados Contratantes, a situação será resolvida de acordo com as seguintes regras:

a) Esta pessoa será considerada residente do Estado Contratante em que disponha de uma habitação permanente. Se dispuser de uma habitação permanente em ambos os Estados Contratantes, será considerada como residente do Estado Contratante com o qual suas liga-

g) the term “national” means:

aa) in respect of the Federal Republic of Germany any German in the meaning of Article 116, paragraph 1, of the Basic Law for the Federal Republic of Germany and any legal person, partnership and association deriving its status as such from the law in force in the Federal Republic of Germany;

bb) in respect of Brazil, all individuals possessing the Brazilian nationality and all legal persons, partnerships and associations deriving their status as such from the law in force in Brazil;

h) the term “competent authority” means:

aa) in the Federal Republic of Germany: the Federal Minister of Finance;

bb) in Brazil: the Minister of Finance, the Secretary of Federal Revenue or their authorized representative.

2. As regards the application of this Agreement by a Contracting State any term not otherwise defined shall, unless the context otherwise requires, have the meaning which it has under the laws of that Contracting State relating to the taxes which are the subject of this Agreement.

Article 4

Fiscal domicile

1. For the purposes of this Agreement, the term “resident of a Contracting State” means any person who, under the law of that State, is liable to taxation therein by reason of his domicile, residence, place of management or any other criterion of a similar nature.

2. Where by reason of the provisions of paragraph 1 an individual is a resident of both Contracting States, then this case shall be determined in accordance with the following rules:

a) He shall be deemed to be a resident of the Contracting State in which he has a permanent home available to him. If he has a permanent home available to him in both Contracting States, he shall be deemed to be a resident of the Contracting state with which his

schaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);

- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Vertragsstaat die Person den Mittelpunkt der Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Vertragsstaaten oder in keinem der Vertragsstaaten, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt;
- d) besitzt die Person die Staatsangehörigkeit beider Vertragsstaaten oder keines der Vertragsstaaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

ções pessoais e econômicas sejam mais estreitas (centro de interesses vitais);

- b) Se o Estado Contratante em que tem o centro de seus interesses vitais não puder ser determinado, ou se não dispuser de uma habitação permanente em nenhum dos Estados Contratantes, será considerada como residente do Estado Contratante em que permanecer habitualmente;
- c) Se permanecer habitualmente em ambos os Estados Contratantes ou se não permanecer habitualmente em nenhum deles, será considerada como residente do Estado Contratante de que for nacional;
- d) Se for nacional de ambos os Estados Contratantes ou se não for nacional de nenhum deles, as autoridades competentes dos Estados Contratantes resolverão a questão de comum acordo.

3. Quando, em virtude das disposições do parágrafo 1, uma pessoa que não seja uma pessoa física for um residente de ambos os Estados Contratantes, será considerada como residente do Estado Contratante em que estiver situada a sua sede de direção efetiva.

personal and economic relations are closest (centre of vital interests);

- b) if the Contracting State in which he has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either Contracting State, he shall be deemed to be a resident of the Contracting State in which he has an habitual abode;
- c) if he has an habitual abode in both Contracting States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident of the Contracting State of which he is a national;
- d) if he is a national of both Contracting States or of neither of them, the competent authorities of the Contracting States shall settle the question by mutual agreement.

3. Where by reason of the provisions of paragraph 1 a person other than an individual is a resident of both Contracting States, then it shall be deemed to be a resident of the Contracting State in which its place of effective management is situated.

Artikel 5

Betriebstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, in der die Tätigkeit des Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebstätte“ umfaßt insbesondere

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstätte,
- f) ein Bergwerk, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen,
- g) eine Bauausführung oder Montage, deren Dauer zwölf Monate überschreitet.

(3) Als Betriebstätten gelten nicht

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten

Artigo 5

Estabelecimento permanente

1. Para os fins do presente Acordo, a expressão “estabelecimento permanente” designa uma instalação fixa de negócios em que a empresa exerça toda ou parte de sua atividade.

2. A expressão “estabelecimento permanente” abrange especialmente:

- a) uma sede de direção;
- b) uma sucursal;
- c) um escritório;
- d) uma fábrica;
- e) uma oficina;
- f) uma mina, uma pedreira ou qualquer outro local de extração de recursos naturais;
- g) um canteiro de construção ou de montagem, cuja duração exceda doze meses.

3. A expressão “estabelecimento permanente” não abrange:

- a) a utilização de instalações unicamente para fins de armazenagem, exposição e entrega de bens ou mercadorias pertencentes à empresa;
- b) a manutenção de um estoque de bens ou mercadorias pertencentes à empresa unicamente para fins
- c) a manutenção de um estoque de bens ou mercadorias pertencentes à empresa unicamente para fins

Article 5

Permanent establishment

1. For the purposes of this Agreement, the term “permanent establishment” means a fixed place of business in which the business of the enterprise is wholly or partly carried on.

2. The term “permanent establishment” includes especially:

- a) a place of management;
- b) a branch;
- c) an office;
- d) a factory;
- e) a workshop;
- f) a mine, quarry or other place of extraction of natural resources;
- g) a building site or construction or assembly project which exists for more than twelve months.

3. The term “permanent establishment” shall not be deemed to include:

- a) the use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;
- b) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display or delivery;
- c) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the pur-

werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;

- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen zu werben, Informationen zu erteilen, wissenschaftliche Forschung zu betreiben oder ähnliche Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.

(4) Ist eine Person — mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 5 — in einem Vertragsstaat für ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats tätig, so gilt eine in dem erstgenannten Staat gelegene Betriebsstätte als gegeben, wenn die Person eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens Verträge zu schließen, und die Vollmacht in diesem Staat gewöhnlich ausübt, es sei denn, daß sich ihre Tätigkeit auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen beschränkt.

Ein Versicherungsunternehmen eines Vertragsstaats wird jedoch so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in dem anderen Vertragsstaat, wenn es in diesem anderen Staat über einen Vertreter — mit Ausnahme der in Absatz 5 erwähnten Personen — Prämien einzieht oder dort gelegene Risiken versichert.

(5) Ein Unternehmen eines Vertragsstaats wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in dem anderen Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(6) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder in anderer Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird eine der beiden Gesellschaften nicht zur Betriebsstätte der anderen.

(7) Ein Unternehmen eines Vertragsstaats wird so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in dem anderen Vertragsstaat, wenn es in dem anderen Vertragsstaat die Dienste der in Artikel 17 erwähnten Künstler oder Sportler erbringt.

de transformação por outra empresa;

- d) a manutenção de uma instalação fixa de negócios unicamente para fins de comprar bens ou mercadorias ou obter informações para a empresa;
- e) a manutenção de uma instalação fixa de negócios unicamente para fins de publicidade, fornecimento de informações, pesquisas científicas ou atividades análogas que tenham caráter preparatório ou auxiliar para a empresa.

4. Uma pessoa que atue num Estado Contratante por conta de uma empresa do outro Estado Contratante — desde que não seja um agente que goze de um status independente contemplado no parágrafo 5 — será considerada como estabelecimento permanente no primeiro Estado, se tiver, e exercer habitualmente naquele Estado, autoridade para concluir contratos em nome da empresa, a não ser que suas atividades sejam limitadas à compra de bens ou mercadorias para a empresa.

Todavia, uma sociedade de seguros de um Estado Contratante será considerada como tendo um estabelecimento permanente no outro Estado Contratante, desde que, através de um representante, não incluído entre as pessoas mencionadas no parágrafo 5 abaixo, receba prêmios ou segure riscos nesse outro Estado.

5. Uma empresa de um Estado Contratante não será considerada como tendo um estabelecimento permanente no outro Estado Contratante pelo simples fato de exercer a sua atividade nesse outro Estado por intermédio de um corretor, de um comissário geral ou de qualquer outro agente que goze de um status independente, desde que essas pessoas atuem no âmbito de suas atividades normais.

6. O fato de uma sociedade residente de um Estado Contratante controlar ou ser controlada por uma sociedade residente do outro Estado Contratante ou que exerça sua atividade nesse outro Estado (quer seja através de um estabelecimento permanente, quer de outro modo) não será, por si só, bastante para fazer de qualquer dessas sociedades estabelecimento permanente da outra.

7. Uma empresa de um Estado Contratante será considerada como tendo um estabelecimento permanente no outro Estado Contratante se exercer nesse Estado Contratante a atividade de fornecer serviços de artistas ou desportistas, mencionados no artigo 17.

pose of processing by another enterprise;

- d) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise, or for collecting information, for the enterprise;
- e) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of advertising, for the supply of information, for scientific research or for similar activities which have a preparatory or auxiliary character for the enterprise.

4. A person acting in a Contracting State on behalf of an enterprise of the other Contracting State—other than an agent of an independent status to whom paragraph 5 applies—shall be deemed to be a permanent establishment in the first-mentioned State if he has, and habitually exercises in that State, an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, unless his activities are limited to the purchase of goods or merchandise for the enterprise.

However, an insurance company of a Contracting State shall be deemed to have a permanent establishment in the other Contracting State provided that, through a representative other than the persons to whom paragraph 5 below applies, it receives premium or insures risks in that other State.

5. An enterprise of a Contracting State shall not be deemed to have a permanent establishment in the other Contracting State merely because it carries on business in that other State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, where such persons are acting in the ordinary course of their business.

6. The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State, or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

7. An enterprise of a Contracting State shall be deemed to have a permanent establishment in the other Contracting State if it carries on the activity of providing the services within that other Contracting State of artists or athletes referred to in Article 17.

Artikel 6**Einkünfte
aus unbeweglichem Vermögen**

(1) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen können in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) a) Vorbehaltlich der Buchstaben b und c bestimmt sich der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ nach dem Recht des Vertragsstaats, in dem das Vermögen liegt;

b) der Ausdruck umfaßt jedoch in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, auf welche die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke Anwendung finden, die Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie die Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen;

c) Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für die Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung eines freien Berufs dient.

Artikel 7**Unternehmensgewinne**

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß das Unternehmen seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt. Ubt das Unternehmen seine Tätigkeit in dieser Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Ubt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit in dem anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so sind in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zuzurechnen, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbstständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Be-

Artigo 6**Rendimentos de bens imobiliários**

1. Os rendimentos de bens imobiliários são tributáveis no Estado Contratante em que esses bens estiverem situados.

2. a) a expressão “bens imobiliários”, com ressalva das disposições das alíneas b) e c) abaixo, é definida de acordo com a legislação do Estado Contratante em que os bens em questão estiverem situados;

b) a expressão “bens imobiliários” compreende, em qualquer caso, os acessórios da propriedade imobiliária, o gado e o equipamento utilizados nas explorações agrícolas e florestais, os direitos a que se aplicam as disposições do direito privado relativas à propriedade territorial, o usufruto de bens imobiliários e os direitos aos pagamentos variáveis ou fixos pela exploração ou concessão da exploração de jazidas minerais, fontes e outros recursos naturais;

c) os navios, barcos e aeronaves não são considerados bens imobiliários.

3. O disposto no parágrafo 1 aplica-se aos rendimentos derivados da exploração direta, da locação, do arrendamento ou de qualquer outra forma de exploração de bens imobiliários.

4. O disposto nos parágrafos 1 e 3 aplica-se igualmente aos rendimentos de bens imobiliários de uma empresa, assim como aos rendimentos de bens imobiliários que sirvam para o exercício de uma profissão liberal.

Artigo 7**Lucros das empresas**

1. Os lucros de uma empresa de um Estado Contratante só são tributáveis nesse Estado, a não ser que a empresa exerça sua atividade no outro Estado Contratante por meio de um estabelecimento permanente aí situado. Se a empresa exercer sua atividade na forma indicada, seus lucros serão tributáveis no outro Estado, mas unicamente na medida em que forem atribuíveis a esse estabelecimento permanente.

2. Quando uma empresa de um Estado Contratante exercer sua atividade no outro Estado Contratante através de um estabelecimento permanente aí situado, serão atribuídos em cada Estado Contratante a esse estabelecimento permanente os lucros que obteria, se constituísse uma empresa distinta e separada, exercendo atividades idênticas ou similares, em condições idênticas ou similares, e transacionando com absoluta independência

Article 6**Income from immovable property**

1. Income from immovable property may be taxed in the Contracting State in which such property is situated.

2. a) Subject to the provisions of sub-paragraphs b) and c) the term “immovable property” shall be defined in accordance with the law of the Contracting State in which the property in question is situated;

b) the term shall, however, in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, rights to which the provisions of general law respecting immovable property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of, or the right to work, mineral deposits, sources and other natural resources;

c) ships, boats and aircraft shall not be regarded as immovable property.

3. The provisions of paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting, or use in any other form of immovable property.

4. The provisions of paragraphs 1 and 3 shall also apply to the income from immovable property of an enterprise and to income from immovable property used for the performance of professional services.

Article 7**Business profits**

1. The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

2. Where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly inde-

triebstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen.

(4) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(5) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

Schifffahrt und Luftfahrt

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Seeschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person, die das Schiff betreibt, ansässig ist.

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen zwischen den beiden Unternehmen hinsichtlich ihrer kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen Bedingungen vereinbart oder auferlegt werden, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese

com a empresa de que é um estabelecimento permanente.

3. No cálculo dos lucros de um estabelecimento permanente, é permitido deduzir as despesas que tiverem sido feitas para a consecução dos objetivos do estabelecimento permanente, incluindo as despesas de direção e os encargos gerais de administração assim realizados.

4. Nenhum lucro será atribuído a um estabelecimento permanente pelo simples fato de comprar bens ou mercadorias para a empresa.

5. Quando os lucros compreendem elementos de rendimentos tratados separadamente nos outros artigos do presente Acordo, as disposições desses artigos não serão afetadas pelo presente artigo.

Artigo 8

Navegação marítima e aérea

1. Os lucros provenientes da exploração, no tráfego internacional, de navios ou aeronaves só são tributáveis no Estado Contratante em que estiver situada a sede da direção efetiva da empresa.

2. Se a sede da direção efetiva da empresa de navegação marítima se situar a bordo de um navio, esta sede será considerada situada no Estado Contratante em que se encontre o porto de registro desse navio, ou na ausência de porto de registro, no Estado Contratante em que resida a pessoa que explora o navio.

Artigo 9

Empresas associadas

Quando:

- a) uma empresa de um Estado Contratante participar direta ou indiretamente da direção, controle ou capital de uma empresa do outro Estado Contratante, ou
- b) as mesmas pessoas participarem direta ou indiretamente da direção, controle ou capital de uma empresa de um Estado Contratante e de uma empresa do outro Estado Contratante,

e, em ambos os casos, as duas empresas estiverem ligadas, nas suas relações comerciais ou financeiras, por condições aceitas ou impostas que difiram das que seriam estabelecidas entre empresas independentes, os lucros que, sem essas condições, teriam sido obtidos por uma das empresas, mas não o foram por causa dessas condi-

pendently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

3. In the determination of the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment including executive and general administrative expenses so incurred.

4. No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.

5. Where profits include items of income which are dealt with separately in other Articles of this Agreement, then the provisions of those Articles shall not be affected by the provisions of this Article.

Article 8

Shipping and air transport

1. Profits from the operation of ships or aircraft in international traffic shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

2. If the place of effective management of a shipping enterprise is aboard a ship, then it shall be deemed to be situated in the Contracting State in which the home harbour of the ship is situated, or, if there is no such home harbour, in the Contracting State of which the operator of the ship is a resident.

Article 9

Associated enterprises

Where

- a) an enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or
- b) the same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those

Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

Artikel 10 Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 darf bei Dividenden, die eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft an eine in Brasilien ansässige Gesellschaft zahlt, der entweder selbst oder zusammen mit anderen Personen, von denen sie beherrscht wird oder die mit ihr gemeinsam beherrscht werden, mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der erstgenannten Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar gehören, die deutsche Steuer 25,75 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen, solange der Satz der deutschen Körperschaftsteuer für ausgeschüttete Gewinne niedriger ist als für nichtausgeschüttete Gewinne und der Unterschied zwischen diesen beiden Sätzen 15 Punkte oder mehr beträgt.

(4) Die Absätze 1, 2 und 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Dividenden in dem anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Betriebstätte hat und die Beteiligung, für welche die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genußrechten oder Genußscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten — ausgenommen Forderungen — mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien gleichgestellt sind.

ções, podem ser incluídos nos lucros dessa empresa e tributados como tal.

Artigo 10 Dividendos

1. Os dividendos pagos por uma sociedade residente de um Estado Contratante a um residente do outro Estado Contratante são tributáveis nesse outro Estado.

2. Todavia, esses dividendos podem ser tributados também no Estado Contratante onde reside a sociedade que os paga, e de acordo com a legislação desse Estado, mas o imposto assim estabelecido não poderá exceder 15% do montante bruto dos dividendos.

Este parágrafo não afetará a tributação da sociedade com referência aos lucros que deram origem aos dividendos pagos.

3. Não obstante as disposições do parágrafo 2, o imposto alemão sobre dividendos pagos a uma sociedade residente do Brasil por uma sociedade residente da República Federal da Alemanha, de cujo capital no mínimo 25% pertençam, direta ou indiretamente, à primeira sociedade ou a ela juntamente com outras pessoas que a controlem ou que estejam sob controle comum, não poderá exceder 25,75% do montante bruto desses dividendos, desde que a alíquota do imposto de renda alemão de sociedades incidente sobre lucros distribuídos seja inferior àquela incidente sobre lucros não distribuídos e que a diferença entre essas duas alíquotas seja de 15 pontos percentuais ou mais.

4. O disposto nos parágrafos 1, 2 e 3 não se aplica se o beneficiário dos dividendos, residente de um Estado Contratante, tiver, no outro Estado Contratante de que é residente a sociedade que paga os dividendos, um estabelecimento permanente a que estiver efetivamente ligada a participação geradora dos dividendos. Neste caso, serão aplicáveis as disposições do artigo 7.

5. O termo “dividendos”, usado no presente artigo, designa os rendimentos provenientes de ações ou direitos de fruição, ações de empresas mineadoras, partes de fundador ou outros direitos de participação em lucros, com exceção de créditos, bem como rendimentos de outras participações de capital, assemelhados aos rendimentos de ações pela legislação tributária do Estado Contratante em que seja residente a sociedade que os distribuir.

conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

Article 10 Dividends

1. Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. However, such dividends may also be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, and according to the law of that State, but the tax so charged shall not exceed 15 percent of the gross amount of the dividends.

This paragraph shall not affect the taxation of the company in respect of the profits out of which the dividends are paid.

3. Notwithstanding the provisions of paragraph 2 German tax on dividends paid to a company being a resident of Brazil by a company being a resident of the Federal Republic of Germany, at least 25 percent of the capital of which is owned directly or indirectly by the former company itself, or by it together with other persons controlling it or being under common control with it, shall not exceed 25,75 percent of the gross amount of such dividends as long as the rate of German corporation tax on distributed profits is lower than that on undistributed profits and the difference between those two rates is 15 percentage points or more.

4. The provisions of paragraphs 1, 2 and 3 shall not apply if the recipient of the dividends, being a resident of a Contracting State, has in the other Contracting State, of which the company paying the dividends is a resident, a permanent establishment with which the holding by virtue of which the dividends are paid is effectively connected. In such a case, the provisions of Article 7 shall apply.

5. The term “dividends” as used in this Article means income from shares, “jouissance” shares or “jouissance” rights, mining shares, founders' shares or other rights not being debt-claims, participating in profits, as well as income from other corporate rights assimilated to income from shares by the taxation law of the State of which the company making the distribution is a resident.

(6) Hat eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person eine Betriebstätte in Brasilien, so darf diese Betriebstätte einer nach brasilianischem Recht erhobenen Abzugsteuer unterworfen werden. Diese Steuer darf jedoch 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Gewinne dieser Betriebstätte, der sich nach Zahlung der auf diese Gewinne entfallenden Körperschaftsteuer ergibt, nicht übersteigen.

(7) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die Dividenden besteuern, welche die Gesellschaft an nicht in diesem anderen Staat ansässige Personen zahlt, noch nichtausgeschüttete Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus in dem anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

(8) Die in den Absätzen 2 und 6 vorgesehenen Steuersätze sind nicht auf Dividenden oder Gewinne anzuwenden, die vor dem 1. Januar 1978 gezahlt oder überwiesen werden.

Artikel 11

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen können jedoch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber nicht übersteigen:

a) 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen, wenn der Empfänger eine Bank ist und das Darlehen für eine Dauer von mindestens 7 Jahren im Zusammenhang mit dem Erwerb von Industriearüstungen, mit der Planung, dem Erwerb und der Montage von industriellen oder wissenschaftlichen Einrichtungen sowie der Finanzierung öffentlicher Arbeiten gewährt wird;

b) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen in allen anderen Fällen.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 sind Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an die Regierung des anderen Vertragsstaats, eine seiner Gebietskörperschaften oder eine Einrichtung (einschließlich eines Geldinstituts), die ganz im Eigentum dieser Regierung oder Gebietskörperschaft

6. Quando um residente da República Federal da Alemanha tiver um estabelecimento permanente no Brasil, esse estabelecimento permanente poderá aí estar sujeito a um imposto retido na fonte de acordo com a legislação brasileira. Todavia, esse imposto não poderá exceder 15% do montante bruto dos lucros do estabelecimento permanente, determinado após o pagamento do imposto de renda de sociedades referente a esses lucros.

7. Quando uma sociedade residente de um Estado Contratante receber lucros ou rendimentos provenientes do outro Estado Contratante, esse outro Estado não poderá tributar os dividendos pagos pela sociedade a pessoas não residentes desse outro Estado, ou sujeitar os lucros não distribuídos da sociedade a um imposto sobre lucros não distribuídos, mesmo se os dividendos pagos ou os lucros não distribuídos consistirem total ou parcialmente de lucros ou rendimentos provenientes desse outro Estado.

8. A limitação da alíquota do imposto prevista nos parágrafos 2 e 6 não se aplicará aos dividendos ou lucros pagos ou remetidos antes de primeiro de janeiro de 1978.

Artigo 11

Juros

1. Os juros provenientes de um Estado Contratante e pagos a um residente do outro Estado Contratante são tributáveis nesse outro Estado.

2. Todavia, esses juros podem ser tributados no Estado Contratante de que provêm, e de acordo com a legislação desse Estado, mas o imposto assim estabelecido não poderá exceder:

a) 10% do montante bruto dos juros se o beneficiário for um Banco e se o empréstimo for concedido por um período de no mínimo sete anos e relacionado com a compra de equipamento industrial, com estudo, compra e instalação de unidades industriais ou científicas, bem como com o financiamento de obras públicas;

b) 15% do montante bruto dos juros em todos os demais casos.

3. Não obstante o disposto no parágrafo 2, os juros provenientes de um Estado Contratante e pagos ao Governo do outro Estado Contratante, a uma sua subdivisão política, ou qualquer agência (inclusive uma instituição financeira) de propriedade exclusiva daquele Governo, ou subdivisão política

6. Where a resident of the Federal Republic of Germany has a permanent establishment in Brazil, this permanent establishment may be subject to a tax withheld at source in accordance with Brazilian law. However, such a tax cannot exceed 15 percent of the gross amount of the profits of that permanent establishment determined after the payment of the corporate tax related to such profits.

7. Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company to persons who are not residents of that other State, or subject the company's undistributed profits to a tax on undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

8. The tax rate limitation foreseen in paragraphs 2 and 6 shall not apply to dividends or profits paid or remitted before the 1st of January 1978.

Article 11

Interest

1. Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. However, such interest may be taxed in the Contracting State in which it arises, and according to the laws of that State, but the tax so charged shall not exceed:

a) 10 percent of the gross amount of the interest if the recipient is a bank and the loan is granted for a period of at least 7 years in connection with the purchase of industrial equipment; with the study, the purchase and installation of industrial or scientific units, as well as with the financing of public works;

b) 15 percent of the gross amount of the interest in all other cases.

3. Notwithstanding the provisions of paragraph 2 interest arising in a Contracting State and paid to the Government of the other Contracting State, a political subdivision thereof or any agency (including a financial institution) wholly owned by that Government, or political subdivision

steht, von der Steuer im erstgenannten Vertragsstaat befreit.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus öffentlichen Anleihen, aus Schuldverschreibungen, auch wenn sie durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Gewinnbeteiligung ausgestattet sind, und aus Forderungen jeder Art sowie alle anderen Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Vertragsstaats, aus dem sie stammen, den Einkünften aus Darlehen gleichgestellt sind.

(5) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Zinsen in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Betriebsstätte hat und die Forderung, für welche die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(6) Die in Absatz 2 vorgesehene Beschränkung gilt nicht für Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in einem dritten Staat gelegene Betriebsstätte eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats gezahlt werden.

(7) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Vertragsstaat selbst, eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Schuld, für welche die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen und trägt die Betriebsstätte die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(8) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Zinsen, gemessen an der zugrunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in

ca, são isentos de imposto no primeiro Estado Contratante.

4. O termo “juros”, usado no presente artigo, compreende rendimentos da dívida pública, de títulos ou debêntures, acompanhados ou não de garantia hipotecária ou de cláusula de participação nos lucros, e de créditos de qualquer natureza, bem como qualquer outro rendimento que pela legislação tributária do Estado Contratante de que provenham sejam assemelhados aos rendimentos de importâncias emprestadas.

5. O disposto nos parágrafos 1 e 2 não se aplica se o beneficiário dos juros, residente de um Estado Contratante, tiver, no outro Estado Contratante de que provenham os juros, um estabelecimento permanente ao qual se ligue efetivamente o crédito gerador dos juros. Neste caso, aplicar-se-á o disposto no artigo 7.

6. A limitação estabelecida no parágrafo 2 não se aplica aos juros provenientes de um Estado Contratante e pagos a um estabelecimento permanente de uma empresa do outro Estado Contratante, situado em um terceiro Estado.

7. Os juros serão considerados provenientes de um Estado Contratante, quando o devedor for o próprio Estado, uma sua subdivisão política ou um residente desse Estado. No entanto, quando o devedor dos juros, residente ou não de um Estado Contratante, tiver num Estado Contratante um estabelecimento permanente pelo qual haja sido contraída a obrigação que dá origem aos juros e caiba a esse estabelecimento permanente o pagamento dos juros, esses juros serão considerados provenientes do Estado Contratante em que o estabelecimento permanente estiver situado.

8. Se, em consequência de relações especiais existentes entre o devedor e o credor, ou entre ambos e terceiros, o montante dos juros pagos, tendo em conta o crédito pelo qual são pagos, exceder àquele que seria acordado entre o devedor e o credor na ausência de tais relações, as disposições deste artigo se aplicam apenas a este último montante. Neste caso, a parte excedente dos pagamentos será tributável conforme a legislação de cada Estado Contratante, e tendo em conta as outras disposições do presente Acordo.

Artigo 12

Royalties

1. Os royalties provenientes de um Estado Contratante e pagos a um resi-

shall be exempt from tax in the first-mentioned Contracting State.

4. The term “interest” as used in this Article means income from Government securities, bonds or debentures, whether or not secured by mortgage and whether or not carrying a right to participate in profits, and debt-claims of every kind as well as other income assimilated to income from money lent by the taxation law of the Contracting State in which the income arises.

5. The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the recipient of the interest, being a resident of a Contracting State, has in the other Contracting State in which the interest arises a permanent establishment with which the debt-claim from which the interest arises is effectively connected. In such a case, the provisions of Article 7 shall apply.

6. The limitation established in paragraph 2 shall not apply to interest arising in a Contracting State and paid to a permanent establishment of an enterprise of the other Contracting State which is situated in a third State.

7. Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that Contracting State itself, a political subdivision or a resident of that State. Where, however, the person paying the interest, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment in connection with which the indebtedness on which the interest is paid was incurred, and such interest is borne by such permanent establishment, then such interest shall be deemed to arise in the Contracting State in which the permanent establishment is situated.

8. Where, owing to a special relationship between the payer and the recipient or between both of them and some other person, the amount of the interest paid, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the recipient in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In that case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the law of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

Article 12

Royalties

1. Royalties arising in a Contracting State and paid to a resident of the

dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren können jedoch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Vertragsstaats besteuert werden; die Steuer darf aber nicht übersteigen:

- a) 25 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren, die aus der Benutzung oder dem Recht auf Benutzung von Warenzeichen stammen;
- b) 15 vom Hundert in allen anderen Fällen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken (einschließlich kinematographischer Filme, Filme oder Bandaufnahmen für Fernsehen oder Rundfunk), von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren sowie für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(4) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen und trägt die Betriebsstätte die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(5) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Lizenzgebühren in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Betriebsstätte hat und die Rechte oder Vermögenswerte, für welche die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(6) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Lizenzgebühren, gemessen an der zugrunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehun-

dente do outro Estado Contratante são tributáveis nesse outro Estado.

2. Todavia, esses royalties podem ser tributados no Estado Contratante de que provêm, e de acordo com a legislação desse Estado, mas o imposto assim estabelecido não poderá exceder:

- a) 25 % do montante bruto dos royalties, provenientes do uso ou da concessão do uso de marcas de indústria ou comércio;
- b) 15 % em todos os demais casos.

3. O termo „royalties“ empregado neste artigo designa as remunerações de qualquer natureza pagas pelo uso ou pela concessão do uso de um direito de autor sobre uma obra literária, artística ou científica (inclusive os filmes cinematográficos, filmes ou fitas de gravação de programas de televisão ou radiodifusão), qualquer patente, marcas de indústria ou comércio, desenho ou modelo, plano, fórmula ou processo secretos, bem como pelo uso ou pela concessão do uso de um equipamento industrial, comercial ou científico e por informações correspondentes à experiência adquirida no setor industrial, comercial ou científico.

4. Os royalties serão considerados provenientes de um Estado Contratante quando o devedor for o próprio Estado, uma sua subdivisão política, uma autoridade local ou um residente desse Estado. Todavia, quando o devedor dos royalties, seja ou não residente de um Estado Contratante, tiver num Estado Contratante um estabelecimento permanente em relação com o qual haja sido contraída a obrigação de pagar os royalties e caiba a esse estabelecimento permanente o pagamento desses royalties, serão eles considerados provenientes do Estado Contratante em que o estabelecimento permanente estiver situado.

5. As disposições dos parágrafos 1 e 2 não se aplicam, quando o beneficiário dos royalties, residente de um Estado Contratante, tiver, no outro Estado Contratante de que provêm os royalties, um estabelecimento permanente ao qual estão ligados efetivamente o direito ou bem que deu origem aos royalties. Nesse caso, aplicar-se-á o disposto no artigo 7.

6. Se, em consequência de relações especiais existentes entre o devedor e o credor, ou entre ambos e terceiros, o montante dos royalties pagos, tendo em conta o uso, direito ou informação pelo qual é pago, exceder àquele que seria acordado entre o devedor e o credor na ausência de tais relações,

other Contracting State may be taxed in that other State.

2. However, such royalties may be taxed in the Contracting State in which they arise, and according to the laws of that State, but the tax so charged shall not exceed:

- a) 25 percent of the gross amount of royalties arising from the use or the right to use trade marks;
- b) 15 percent in all other cases.

3. The term „royalties“ as used in this Article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic or scientific work (including cinematograph films, films or tapes for television or radio broadcasting); any patent, trade marks, design or model, plan, secret formula or process, as well as for the use of, or the right to use, industrial, commercial or scientific equipment, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience.

4. Royalties shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State itself, a political subdivision, a local authority or a resident of that State. Where, however, the person paying the royalties, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment in connection with which the obligation to pay the royalties was incurred and such royalties are borne by the permanent establishment then such royalties shall be deemed to arise in the Contracting State in which the permanent establishment is situated.

5. The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the recipient of the royalties, being a resident of a Contracting State, has in the other Contracting State in which the royalties arise, a permanent establishment with which the right or property giving rise to the royalties is effectively connected. In such a case, the provisions of Article 7 shall apply.

6. Where, owing to a special relationship between the payer and the recipient or between both of them and some other person, the amount of the royalties paid, having regard to the use, right or information for which they are paid, exceeds the amount which would have been

gen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

(7) Der in Absatz 2 Buchstabe b vorgesehene Steuersatz ist nicht auf vor dem 1. Januar 1977 gezahlte Lizenzgebühren anzuwenden, wenn diese Lizenzgebühren an eine in einem Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, der unmittelbar oder mittelbar mindestens 50 vom Hundert des stimmberechtigten Kapitals der Gesellschaft gehört, die die Lizenzgebühren zahlt.

Artikel 13

Gewinne

aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 können in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte darstellt, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats in dem anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, über die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für die Ausübung eines freien Berufs in dem anderen Vertragsstaat verfügt, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder zusammen mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können in dem anderen Staat besteuert werden. Jedoch können Gewinne aus der Veräußerung von im internationalen Verkehr betriebenen Seeschiffen und Luftfahrzeugen sowie von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe und Luftfahrzeuge dient, nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(3) Gewinne aus der Veräußerung der in den Absätzen 1 und 2 nicht genannten Vermögenswerte oder Rechte können in beiden Vertragsstaaten besteuert werden.

Artikel 14

Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit ähnlicher Art

as disposições deste artigo são aplicáveis apenas a este último montante. Neste caso, a parte excedente dos pagamentos será tributável conforme a legislação de cada Estado Contratante, e tendo em conta as outras disposições do presente Acordo.

7. A limitação da alíquota do imposto prevista no parágrafo 2 b não se aplicará aos royalties pagos antes de primeiro de janeiro de 1977, quando tais royalties forem pagos a um residente de um Estado Contratante que possua direta ou indiretamente, no mínimo 50 por cento do capital com direito a voto da sociedade que paga esses royalties.

Artigo 13

Ganhos de capital

1. Os ganhos provenientes da alienação de bens imobiliários, conforme são definidos no parágrafo 2 do artigo 6, são tributáveis no Estado Contratante em que esses bens estiverem situados.

2. Os ganhos provenientes da alienação de bens mobiliários que façam parte do ativo de um estabelecimento permanente que uma empresa de um Estado Contratante possua no outro Estado Contratante, ou de bens mobiliários constitutivos de uma instalação fixa de que disponha um residente de um Estado Contratante no outro Estado Contratante para o exercício de uma profissão liberal, incluindo ganhos provenientes da alienação desse estabelecimento permanente (isolado ou com o conjunto da empresa) ou dessa instalação fixa, são tributáveis no outro Estado. No entanto, os ganhos provenientes da alienação de navios ou aeronaves utilizados no tráfego internacional e de bens mobiliários pertinentes à exploração de tais navios ou aeronaves só são tributáveis no Estado Contratante em que estiver situada a sede da direção efetiva da empresa.

3. Os ganhos provenientes da alienação de quaisquer bens ou direitos diferentes dos mencionados nos parágrafos 1 e 2 são tributáveis em ambos os Estados Contratantes.

Artigo 14

Profissões independentes

1. Os rendimentos que um residente de um Estado Contratante obtenha pelo exercício de uma profissão liberal ou de outras atividades indepen-

agreed upon by the payer and the recipient in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In that case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the law of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

7. The tax rate limitation foreseen in paragraph 2 b shall not apply to royalties paid before the 1st of January 1977, when such royalties are paid to a resident of a Contracting State which holds directly or indirectly at least 50 percent of the voting capital of the company paying such royalties.

Article 13

Capital gains

1. Gains from the alienation of immovable property, as defined in paragraph 2 of Article 6, may be taxed in the Contracting State in which the immovable property is situated.

2. Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or of movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing professional services, including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or together with the whole enterprise) or of such a fixed base, may be taxed in the other State. However, gains from the alienation of ships and aircraft operated in international traffic and movable property pertaining to the operation of such ships and aircraft shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

3. Gains from the alienation of any property or right other than those mentioned in paragraphs 1 and 2 may be taxed in both Contracting States.

Article 14

Independent personal services

1. Income derived by a resident of a Contracting State in respect of professional services or other independent activities of a similar nature

bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Vergütungen für diese Tätigkeiten von einer in dem anderen Vertragsstaat gelegenen Betriebsstätte oder einer dort ansässigen Gesellschaft getragen werden. In diesem Fall können die Einkünfte in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfaßt insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, technische, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchprüfer.

Artikel 15

Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18, 19, 20 und 21 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Arbeit in dem anderen Vertragsstaat ausgeübt wird. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine in dem anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur in dem erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich in dem anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahrs aufhält,
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht in dem anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber in dem anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 können Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs im internationalen Verkehr ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Artikel 16

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlun-

gentes de caráter análogo só são tributáveis nesse Estado, a não ser que o pagamento desses serviços e atividades caiba a um estabelecimento permanente situado no outro Estado Contratante ou a uma sociedade residente desse outro Estado. Nesse caso, esses rendimentos são tributáveis nesse outro Estado.

2. A expressão “profissão liberal” abrange, em especial, as atividades independentes de caráter científico, técnico, literário, artístico, educativo e pedagógico, bem como as atividades independentes de médicos, advogados, engenheiros, arquitetos, dentistas e contadores.

Artigo 15

Profissões dependentes

1. Com ressalva das disposições dos artigos 16, 18, 19, 20 e 21, os salários, ordenados e outras remunerações similares que um residente de um Estado Contratante receber em razão de um emprego serão tributáveis somente nesse Estado, a não ser que o emprego seja exercido no outro Estado Contratante. Se o emprego for aí exercido, as remunerações correspondentes são tributáveis nesse outro Estado.

2. Não obstante as disposições do parágrafo 1, as remunerações que um residente de um Estado Contratante receber em função de um emprego exercido no outro Estado Contratante só são tributáveis no primeiro Estado se:

- a) o beneficiário permanecer no outro Estado durante um período ou períodos que não excedam, no total, 183 dias do ano fiscal considerado, e
- b) as remunerações forem pagas por um empregador ou em nome de um empregador, que não seja residente do outro Estado; e
- c) o encargo das remunerações não couber a um estabelecimento permanente ou a uma instalação fixa que o empregador tiver no outro Estado.

3. Não obstante as disposições precedentes deste artigo, as remunerações relativas a um emprego exercido a bordo de um navio ou de uma aeronave em tráfego internacional são tributáveis no Estado Contratante em que estiver situada a sede da direção efetiva da empresa.

Artigo 16

Remunerações de direção

As remunerações de direção e outras remunerações similares que um

shall be taxable only in that State, unless the payment of such activities and services is borne by a permanent establishment situated in the other Contracting State or a company resident therein. In such a case, the income may be taxed in that other State.

2. The term “professional services” includes, especially, independent scientific, technical, literary, artistic, educational or teaching activities as well as the independent activities of physicians, lawyers, engineers, architects, dentists and accountants.

Article 15

Dependent personal services

1. Subject to the provisions of Articles 16, 18, 19, 20 and 21, salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable only in that State unless the employment is exercised in the other Contracting State. If the employment is so exercised, such remuneration as is derived therefrom may be taxed in that other State.

2. Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

- a) the recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in the fiscal year concerned, and
- b) the remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State, and
- c) the remuneration is not borne by a permanent establishment or a fixed base which the employer has in the other State.

3. Notwithstanding the preceding provisions of this Article, remuneration in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft in international traffic may be taxed in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

Article 16

Directors' fees

Directors' fees and similar payments derived by a resident of a

gen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats oder eines sonstigen Gremiums einer Gesellschaft bezieht, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist, können in dem anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

Künstler und Sportler

Ungeachtet anderer Bestimmungen dieses Abkommens können Einkünfte, die berufsmäßige Künstler wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- oder Fernseh-künstler und Musiker sowie Sportler aus ihrer in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit beziehen, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sie diese Tätigkeit ausüben.

Artikel 18

Öffentliche Zahlungen

(1) Vergütungen, einschließlich der Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften unmittelbar oder aus einem von diesem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für eine unselbständige Arbeit gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden. Wird aber die unselbständige Arbeit in dem anderen Vertragsstaat von einem Staatsangehörigen dieses Staates ausgeübt, der nicht Staatsangehöriger des erstgenannten Staates ist, so können die Vergütungen nur in diesem anderen Staat besteuert werden.

(2) Auf Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen im Zusammenhang mit einer kaufmännischen oder gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften finden die Artikel 15, 16 und 19 Anwendung.

(3) Absatz 1 gilt entsprechend für Vergütungen, die im Rahmen eines Entwicklungshilfeprogramms eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften aus Mitteln, die ausschließlich von diesem Staat oder dieser Gebietskörperschaft bereitgestellt werden, an Fachkräfte oder freiwillige Helfer gezahlt werden, die in den anderen Vertragsstaat mit dessen Zustimmung entsandt worden sind.

Artikel 19

Ruhegehälter und Renten

(1) Vorbehaltlich des Artikels 18 Absätze 1 und 3 können Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einen Betrag von 12 000 DM oder dessen

residente de um Estado Contratante recebe na qualidade de membro do Conselho de Diretores ou de qualquer Conselho de uma sociedade residente do outro Estado Contratante, são tributáveis nesse outro Estado.

Artigo 17

Artistas e desportistas

Não obstante as outras disposições do presente Acordo, os rendimentos que os profissionais de espetáculo, tais como artistas de teatro, de cinema, de rádio ou de televisão e músicos, bem como os que os desportistas obtiverem pelo exercício, nessa qualidade, de suas atividades pessoais, são tributáveis no Estado Contratante em que essas atividades forem exercidas.

Artigo 18

Pagamentos governamentais

1. As remunerações, incluindo as pensões, pagas por um Estado Contratante, um Estado Federal (Land), uma de suas subdivisões políticas ou autoridade local, quer diretamente, quer através de fundos por eles constituídos, a uma pessoa física, em consequência de um emprego, só são tributáveis nesse Estado. Todavia, se o emprego for exercido no outro Estado Contratante por um nacional desse Estado que não seja um nacional do primeiro Estado, as remunerações serão tributáveis somente no outro Estado.

2. O disposto nos artigos 15, 16 e 19 aplica-se às remunerações ou pensões pagas em consequência de serviços prestados no âmbito de uma atividade comercial ou industrial, exercida por um dos Estados Contratantes, uma de suas subdivisões políticas ou autoridade local.

3. O disposto no parágrafo 1 aplica-se igualmente à remuneração paga, sob um programa de assistência ao desenvolvimento de um Estado Contratante, uma de suas subdivisões políticas ou autoridade local, através de fundos fornecidos exclusivamente por esse Estado, uma de suas subdivisões políticas ou autoridade local, a um perito ou a um voluntário designado para o outro Estado Contratante com o consentimento desse outro Estado.

Artigo 19

Pensões e anuidades

1. Com ressalva das disposições dos parágrafos 1 e 3 do artigo 18, as pensões e outras remunerações similares que não excederem um montante

Contracting State in his capacity as a member of the board of directors or of any council of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

Article 17

Artistes and athletes

Notwithstanding any other provision of this Agreement, income derived by public entertainers, such as theatre, motion picture, radio or television artistes, and musicians, and by athletes, from their personal activities as such may be taxed in the Contracting State in which these activities are exercised.

Article 18

Governmental payments

1. Remuneration including pensions, paid by, or out of funds created by, a Contracting State, a Land, a political subdivision or a local authority thereof to any individual in respect of an employment may be taxed only in that State. If, however, the employment is exercised in the other Contracting State by a national of that State not being a national of the first-mentioned State, the remuneration shall be taxable only in that other State.

2. The provisions of Articles 15, 16 and 19 shall apply to remuneration or pensions in respect of services rendered in connection with any trade or business carried on by one of the Contracting States, a political subdivision or a local authority thereof.

3. The provisions of paragraph 1 shall likewise apply in respect of remuneration paid, under a development assistance program of a Contracting State, a political subdivision or a local authority thereof, out of funds exclusively supplied by that State, political subdivision or local authorities thereof, to a specialist or volunteer seconded to the other Contracting State with the consent of that other State.

Article 19

Pensions and annuities

1. Subject to the provisions of paragraphs 1 and 3 of Article 18, pensions and other similar remuneration not exceeding an amount equivalent to

Gegenwert im Kalenderjahr nicht übersteigen, sowie Renten, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

Der die oben genannte Grenze übersteigende Betrag des Ruhegehalts kann ebenfalls in dem anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn das Ruhegehalt aus diesem Staat bezogen wird.

(2) Ruhegehälter, Renten und andere wiederkehrende oder einmalige Vergütungen, die die Bundesrepublik Deutschland, eines ihrer Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften einer natürlichen Person als Vergütung für einen Schaden zahlt, der als Folge von Kriegshandlungen oder politischer Verfolgung entstanden ist, sind in Brasilien von der Steuer befreit.

(3) Im Sinne dieses Artikels

- a) bedeutet der Ausdruck „Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen“ regelmäßig wiederkehrende Vergütungen, die nach Eintritt in den Ruhestand für frühere unselbständige Arbeit oder zum Ausgleich für erlittene Nachteile im Zusammenhang mit früherer unselbständiger Arbeit gezahlt werden;
- b) bedeutet der Ausdruck „Rente“ einen bestimmten Betrag, der regelmäßig zu festgesetzten Zeitpunkten lebenslänglich oder während eines bestimmten oder bestimmbaren Zeitabschnitts auf Grund einer Verpflichtung zahlbar ist, die diese Zahlungen als Entgelt für in Geld oder Geldeswert bewirkte angemessene und volle Gegenleistungen (mit Ausnahme erbrachter Dienstleistungen) vorsieht.

Artikel 20

Lehrer oder Forscher

Eine natürliche Person, die in einem Vertragsstaat ansässig ist oder, unmittelbar bevor sie sich in den anderen Vertragsstaat begab, in dem erstgenannten Staat ansässig war und die sich auf Einladung des anderen Vertragsstaats oder einer Universität, Hochschule, Schule, eines Museums oder einer anderen kulturellen Einrichtung des anderen Vertragsstaats oder im Rahmen eines amtlichen Kulturaustausches in dem anderen Vertragsstaat höchstens zwei Jahre lang lediglich zur Ausübung einer Lehr- oder Forschungstätigkeit, zum Halten von Vorlesungen oder zur Ausübung einer Forschungstätigkeit bei dieser Einrichtung aufhält, ist in diesem Staat mit ihren für diese Tätigkeit bezogenen Vergütungen von der Steuer befreit, vorausgesetzt, daß diese Vergütungen von außerhalb dieses Staates bezogen werden.

equivalente a DM 12.000 em um ano calendário, e anuidades pagas a um residente de um Estado Contratante só são tributáveis nesse Estado.

O montante da pensão que exceder o limite acima mencionado será tributável também no outro Estado Contratante, se for proveniente desse Estado.

2. As pensões, anuidades e outros pagamentos periódicos ou não periódicos feitos a uma pessoa física pela República Federal da Alemanha ou por um Estado Federal (Land), uma sua subdivisão política ou autoridade local como compensação por danos resultantes de ação militar ou perseguição política são isentos de imposto no Brasil.

3. No presente artigo:

- a) a expressão "pensões e outras remunerações similares" designa pagamentos periódicos, efetuados depois da aposentadoria, em consequência de emprego anterior, ou a título de compensação por danos sofridos em consequência de emprego anterior;
- b) o termo "anuidade" designa uma quantia determinada, paga periodicamente em prazos determinados durante a vida ou durante um período de tempo determinado ou determinável, em decorrência de um compromisso de efetuar os pagamentos como retribuição de um pleno e adequado contravalor em dinheiro ou avaliável em dinheiro (que não seja por serviços prestados).

Artigo 20

Professores e pesquisadores

Uma pessoa física que é, ou foi em período imediatamente anterior à sua visita a um Estado Contratante, residente do outro Estado Contratante, e que, a convite do primeiro Estado Contratante, ou de uma universidade, escola superior, escola, museu ou outra instituição cultural do primeiro Estado Contratante, ou que, cumprindo um programa oficial de intercâmbio cultural, permanecer nesse Estado, por um período não superior a dois anos, com o único fim de lecionar, proferir conferências, ou realizar pesquisas em tais instituições, será isenta de imposto nesse Estado no que concerne à remuneração proveniente dessa atividade, desde que o pagamento da remuneração seja proveniente de fora desse Estado.

DM 12.000 in a calendar year, and annuities paid to a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

The amount of pension which exceeds the above-mentioned limit may also be taxed in the other Contracting State, if it is derived from that State.

2. Pensions, annuities and other recurrent or non-recurrent payments made to any individual by the Federal Republic of Germany or by a Land, political subdivision or local authority thereof as compensation for damage resulting from military action or political persecution shall be exempt from tax in Brazil.

3. As used in this Article:

- a) the term "pensions and other similar remuneration" means periodic payments made after retirement in consideration of past employment or by way of compensation for injuries received in connection with past employment;
- b) the term "annuity" means a stated sum payable periodically at stated times during life, or during a specified or ascertainable period of time, under an obligation to make the payments in return for adequate and full consideration in money or money's worth (other than services rendered).

Article 20

Teachers or researchers

An individual who is, or was immediately before visiting a Contracting State, a resident of the other Contracting State and who, at the invitation of the first-mentioned Contracting State or of a university, college, school, museum or other cultural institution in that first-mentioned Contracting State or under an official programme of cultural exchange, is present in that State for a period not exceeding two years solely for the purpose of teaching, giving lectures or carrying out research at such institution shall be exempt from tax in that State on his remuneration for such activity, provided that the payment of such remuneration is derived by him from outside that State.

Artikel 21

Studenten und andere in der
Ausbildung stehende Personen

(1) Eine natürliche Person, die in einem Vertragsstaat ansässig ist oder, unmittelbar bevor sie sich in den anderen Vertragsstaat begab, in dem erstgenannten Staat ansässig war und die sich in dem anderen Vertragsstaat lediglich als

- a) Student an einer Universität, Hochschule oder Schule in diesem anderen Vertragsstaat,
- b) Lehrling (in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der Volontäre oder Praktikanten),
- c) Empfänger eines Zuschusses, Unterhaltsbeitrags oder Stipendiums einer religiösen, mildtätigen, wissenschaftlichen oder pädagogischen Organisation vornehmlich zum Studium oder zu Forschungsarbeiten oder als
- d) Mitarbeiter eines Programms der technischen Zusammenarbeit, an dem die Regierung des erstgenannten Vertragsstaats beteiligt ist,

aufhält, ist mit den für ihren Unterhalt, ihr Studium oder ihre Ausbildung bestimmten Überweisungen aus dem Ausland in dem anderen Vertragsstaat von der Steuer befreit.

(2) Eine natürliche Person, die in einem Vertragsstaat ansässig ist oder, unmittelbar bevor sie sich in den anderen Vertragsstaat begab, in dem erstgenannten Staat ansässig war und die sich in dem anderen Vertragsstaat lediglich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält, ist in diesem anderen Vertragsstaat für längstens drei aufeinander folgende Steuerjahre mit den Vergütungen für unselbständige Arbeit in diesem Staat von der Steuer befreit, vorausgesetzt, daß die Vergütungen in einem Steuerjahr einen 7 200 DM entsprechenden Betrag nicht übersteigen.

Artikel 22

Nicht ausdrücklich erwähnte
Einkünfte

Die in den vorstehenden Artikeln nicht ausdrücklich erwähnten Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können in beiden Vertragsstaaten besteuert werden.

Artikel 23

Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 kann in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

Artigo 21

Estudantes e aprendizes

1. Uma pessoa física que é, ou foi em período imediatamente anterior à sua visita a um Estado Contratante, um residente do outro Estado Contratante, e que permanecer no primeiro Estado Contratante exclusivamente:

- a) como estudante de uma universidade, escola superior ou escola do primeiro Estado Contratante,
- b) como aprendiz (incluindo no caso da República Federal da Alemanha um "Volontär" ou um "Praktikant"),
- c) como beneficiário de uma doação, subvenção ou prêmio, concedidos por uma organização religiosa, de caridade, científica ou educacional, com o fim primordial de estudar ou pesquisar, ou
- d) como membro de um programa de cooperação técnica, encetado pelo Governo do outro Estado Contratante,

será isenta de imposto no primeiro Estado Contratante no que concerne às quantias que receber do exterior para fazer face à sua manutenção, educação ou treinamento.

2. Uma pessoa física que é, ou foi em período imediatamente anterior à sua visita a um Estado Contratante, um residente do outro Estado Contratante, e que permanecer no primeiro Estado Contratante com o único fim de estudar ou de realizar treinamento, será isenta de imposto no primeiro Estado Contratante, por um período não superior a três anos fiscais consecutivos, no que concerne à remuneração que receber pelo emprego exercido nesse Estado, desde que a remuneração não exceda, num ano fiscal, o montante correspondente a DM 7.200.

Artigo 22

Rendimentos não expressamente
mencionados

Os rendimentos de um residente de um Estado Contratante não expressamente mencionados nos artigos precedentes do presente Acordo, são tributáveis em ambos os Estados Contratantes.

Artigo 23

Capital

1. O capital constituído por bens imobiliários, como definidos no parágrafo 2 do artigo 6, é tributável no Estado Contratante onde esses bens estiverem situados.

Article 21

Students and business apprentices

1. An individual who is, or was immediately before visiting a Contracting State, a resident of the other Contracting State and who is present in the first-mentioned Contracting State solely

- a) as a student at a university, college or school in that first-mentioned Contracting State,
- b) as a business apprentice (including in the case of the Federal Republic of Germany a Volonteer or a Praktikant),
- c) as the recipient of a grant, allowance or award for the primary purpose of study or research from a religious, charitable, scientific or educational organisation, or,
- d) as a member of a technical co-operation programme entered into by the Government of the other Contracting State,

shall be exempt from tax in that first-mentioned Contracting State in respect of remittances from abroad for the purposes of his maintenance, education or training.

2. An individual who is, or was immediately before visiting a Contracting State, a resident of the other Contracting State and who is present in the first-mentioned Contracting State solely for the purposes of his education or training shall be exempt from tax in that first-mentioned Contracting State for a period not exceeding three consecutive fiscal years in respect of remuneration from employment in that State, provided that the remuneration does not exceed in the fiscal year an amount corresponding to DM 7.200.

Article 22

Income not expressly mentioned

Items of income of a resident of a Contracting State which are not expressly mentioned in the foregoing Articles of this Agreement, may be taxed in both Contracting States.

Article 23

Capital

1. Capital represented by immovable property, as defined in paragraph 2 of Article 6, may be taxed in the Contracting State in which such property is situated.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte eines Unternehmens darstellt oder das zu einer der Ausübung eines freien Berufs dienenden festen Einrichtung gehört, kann in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung befindet.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe und Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 24

Methoden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung

(1) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person werden folgende Einkünfte von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer ausgenommen:

- a) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das Betriebsvermögen einer in Brasilien gelegenen Betriebsstätte darstellt, und Gewinne aus der Veräußerung dieses Vermögens,
- b) Unternehmensgewinne und Gewinne, die unter Artikel 7 und Artikel 13 Absatz 2 fallen,
- c) Dividenden, die unter Artikel 10 fallen und die an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft von einer in Brasilien ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 25 vom Hundert unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört,
- d) Vergütungen, die unter Artikel 15 und Artikel 18 Absätze 1 und 3 fallen,
- e) Gewinne, die unter Artikel 10 Absatz 6 fallen.

Die Bundesrepublik Deutschland behält jedoch das Recht, die so ausgenommenen Einkünfte bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen.

Die vorstehenden Bestimmungen sind ebenfalls auf alle in Brasilien gelegenen Vermögenswerte anzuwenden, wenn die Einkünfte aus diesen Vermögenswerten von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer auszunehmen sind oder wären.

(2) Soweit nicht Absatz 1 anzuwenden ist, wird auf die von den aus Brasilien stammenden Einkünften zu erhebende deutsche Einkommensteuer

2. O capital constituído por bens mobiliários que façam parte do ativo de um estabelecimento permanente de uma empresa, ou por bens mobiliários constitutivos de uma instalação fixa, utilizada para o exercício de uma profissão liberal, é tributável no Estado Contratante onde estiver situado esse estabelecimento permanente ou essa instalação fixa.

3. Os navios e aeronaves utilizados no tráfego internacional, bem como os bens mobiliários pertinentes à exploração de tais navios ou aeronaves só são tributáveis no Estado Contratante em que estiver situada a sede da direção efetiva da empresa.

4. Todos os outros elementos do capital de um residente de um Estado Contratante só são tributáveis nesse Estado.

Artigo 24

Métodos para eliminar a dupla tributação

1. No caso de um residente da República Federal da Alemanha, serão excluídos da base de cálculo sobre a qual incide o imposto alemão os seguintes rendimentos:

- a) rendimentos de bens imobiliários que façam parte do ativo de um estabelecimento permanente situado no Brasil e ganhos obtidos através da alienação de tais bens;
- b) lucros de uma empresa e ganhos aos quais se aplicam o artigo 7 e o parágrafo 2 do artigo 13;
- c) dividendos mencionados no artigo 10, pagos a uma empresa residente da República Federal da Alemanha por uma empresa residente do Brasil se, no mínimo, 25 % do capital da empresa brasileira pertencer diretamente à empresa alemã;
- d) remunerações às quais se aplicam o artigo 15 e os parágrafos 1 e 3 do artigo 18;
- e) lucros aos quais se aplica o parágrafo 6 do artigo 10.

A República Federal da Alemanha conservará, no entanto, o direito de levar em conta na determinação de suas alíquotas de imposto os rendimentos assim excluídos.

As disposições precedentes aplicar-se-ão igualmente a todo o capital situado no Brasil, se os rendimentos desse capital forem ou puderem vir a ser excluídos da base de cálculo, sobre a qual incide o imposto alemão.

2. A menos que sejam aplicáveis as disposições do parágrafo 1, o imposto de renda que, de acordo com a legislação brasileira e com o presente

2. Capital represented by movable property forming part of the business property of a permanent establishment of an enterprise, or by movable property pertaining to a fixed base used for the performance of professional services, may be taxed in the Contracting State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

3. Ships and aircraft operated in international traffic and movable property pertaining to the operation of such ships and aircraft, shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

4. All other elements of capital of a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

Article 24

Methods for the elimination of double taxation

1. In the case of a resident of the Federal Republic of Germany there shall be excluded from the basis, upon which German tax is imposed, the following items of income:

- a) income from immovable property forming part of business property of a permanent establishment situated in Brazil and gains from the alienation of such property,
- b) business profits and gains to which Article 7 and paragraph 2 of Article 13 apply,
- c) dividends referred to in Article 10, which are paid to a company being a resident of the Federal Republic of Germany by a company being a resident of Brazil if at least 25 percent of the capital of the Brazilian company is owned directly by the German company,
- d) remuneration to which Article 15 and paragraphs 1 and 3 of Article 18 apply,
- e) profits to which paragraph 6 of Article 10 applies.

The Federal Republic of Germany will, however, retain the right to take into account in the determination of its rate of tax the items of income so excluded.

The foregoing provisions shall likewise apply to all items of capital situated in Brazil, if the income derived therefrom is or would be excluded from the basis on which German tax is imposed.

2. Unless the provisions of paragraph 1 apply, there shall be allowed as a credit against German income and corporation tax including the

und Körperschaftsteuer einschließlich der Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer die brasilianische Steuer angerechnet, die nach brasilianischem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen gezahlt worden ist. Der anzurechnende Betrag darf jedoch nicht den Teil der vor der Anrechnung ermittelten deutschen Steuer übersteigen, der auf diese Einkünfte entfällt.

(3) Für die Zwecke der in Absatz 2 erwähnten Anrechnung wird davon ausgegangen, daß die brasilianische Steuer beträgt

- a) bei Dividenden im Sinne des Artikels 10 Absatz 5 25 vom Hundert der Dividenden, wenn diese an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person gezahlt werden, der mindestens 10 vom Hundert des stimmberechtigten Kapitals der brasilianischen Gesellschaft gehören, und 20 vom Hundert in allen anderen Fällen,
- b) bei Zinsen im Sinne des Artikels 11 Absatz 4 20 vom Hundert der Zinsen;
- c) bei den in Artikel 12 Absatz 2 Buchstabe b erwähnten Lizenzgebühren 25 vom Hundert der Lizenzgebühren, wenn diese an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person gezahlt werden, der mindestens 50 vom Hundert des stimmberechtigten Kapitals einer brasilianischen Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar gehören, vorausgesetzt, daß sie bei der Ermittlung des zu versteuernden Einkommens der die Lizenzgebühren zahlenden Gesellschaft nicht abzugsfähig sind, und 20 vom Hundert in allen anderen Fällen.

(4) Bezieht eine in Brasilien ansässige Person Einkünfte, die nach diesem Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, so rechnet Brasilien auf die von den Einkünften dieser Person zu erhebende Steuer einen Betrag an, der der in der Bundesrepublik Deutschland gezahlten Steuer entspricht.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die Einkünfte entfällt, die in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können.

Artikel 25

Gleichbehandlung

(1) Die Staatsangehörigen eines Vertragsstaats dürfen in dem anderen Vertragsstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die da-

Acordo, for pago sobre os rendimentos provenientes do Brasil será creditado contra os impostos alemães de renda e de sociedades, inclusive a sobretaxa incidente sobre os mesmos, pagáveis em relação aos rendimentos provenientes do Brasil. Todavia, o crédito não poderá exceder à fração do imposto alemão, calculado antes da concessão do crédito, correspondente a esses rendimentos.

3. Para os fins da concessão do crédito mencionado no parágrafo 2, o imposto brasileiro será considerado como sendo:

- a) de 25 % no caso dos dividendos, definidos no parágrafo 5 do artigo 10, pagos a um residente da República Federal da Alemanha que possua no mínimo 10 % do capital com direito a voto da sociedade brasileira; e de 20 % em todos os demais casos;
- b) de 20 % no caso dos juros, definidos no parágrafo 4 do artigo 11;
- c) de 25 % no caso dos royalties, indicados no parágrafo 2 b do artigo 12, se forem pagos a um residente da República Federal da Alemanha que possua direta ou indiretamente no mínimo 50 % do capital com direito a voto da sociedade brasileira, desde que não sejam dedutíveis quando da determinação do rendimento tributável da sociedade que paga os royalties; e de 20 % em todos os demais casos.

4. Quando um residente do Brasil receber rendimentos que, de acordo com as disposições do presente Acordo, sejam tributáveis na República Federal da Alemanha, o Brasil permitirá que seja deduzido do imposto sobre a renda dessa pessoa, um montante igual ao imposto sobre a renda pago na República Federal da Alemanha.

Todavia, o montante deduzido não poderá exceder à fração do imposto sobre a renda calculado antes da dedução, correspondente aos rendimentos tributáveis na República Federal da Alemanha.

Artigo 25

Não discriminação

1. Os nacionais de um Estado Contratante não ficarão sujeitos no outro Estado Contratante a nenhuma tributação ou obrigação correspondente, diferente ou mais onerosa do que aquelas a que estiverem ou puderem estar sujeitos os nacionais desse ou-

surcharge thereon payable in respect of income arising in Brazil, the Brazilian tax paid under the laws of Brazil and in accordance with the Agreement. The credit shall not, however, exceed that part of the German tax, as computed before the credit is given, which is appropriate to such income.

3. For the purpose of credit referred to in paragraph 2 the Brazilian tax shall be deemed to be

- a) in the case of dividends as defined in paragraph 5 of Article 10, 25 percent of such dividends if they are paid to a resident of the Federal Republic of Germany holding at least 10 percent of the voting capital of the Brazilian company, and 20 percent in all other cases,
- b) in the case of interest as defined in paragraph 4 of Article 11, 20 percent of such interest,
- c) in the case of royalties as referred to in paragraph 2 b of Article 12, 25 percent of such royalties if they are paid to a resident of the Federal Republic of Germany holding directly or indirectly at least 50 percent of the voting capital of a Brazilian company provided that they are not deductible in the determination of the taxable income of the company paying the royalties, and 20 percent in all other cases.

4. Where a resident of Brazil derives income which, in accordance with the provisions of this Agreement may be taxed in the Federal Republic of Germany, Brazil shall allow as a deduction from the tax on the income of that person an amount equal to the income tax paid in the Federal Republic of Germany.

The deduction shall not, however, exceed that part of the income tax as computed before the deduction is given, which is appropriate to the income which may be taxed in the Federal Republic of Germany.

Article 25

Non-discrimination

1. The nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which na-

mit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen die Staatsangehörigen des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(2) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats in dem anderen Vertragsstaat hat, darf in dem anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, welche die gleiche Tätigkeit ausüben.

Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstands oder der Familienlasten zu gewähren, die er den in seinem Hoheitsgebiet ansässigen Personen gewährt.

(3) Die Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen in dem erstgenannten Vertragsstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(4) In diesem Artikel bedeutet der Ausdruck „Besteuerung“ Steuern jeder Art und Bezeichnung.

tro Estado que se encontrem na mesma situação.

2. A tributação de um estabelecimento permanente que uma empresa de um Estado Contratante possuir no outro Estado Contratante não será menos favorável do que a das outras empresas desse outro Estado Contratante que exerçam as mesmas atividades.

Esta disposição não poderá ser interpretada no sentido de obrigar um Estado Contratante a conceder às pessoas residentes do outro Estado Contratante as deduções pessoais, os abatimentos e reduções de impostos em função do estado civil ou encargos familiares concedidos aos seus próprios residentes.

3. As empresas de um Estado Contratante, cujo capital pertencer ou for controlado, total ou parcialmente, direta ou indiretamente, por um ou mais residentes do outro Estado Contratante, não ficarão sujeitas, no primeiro Estado Contratante, a nenhuma tributação ou obrigação correspondente diversa ou mais onerosa do que aquelas a que estiverem ou puderem estar sujeitas as outras empresas da mesma natureza desse primeiro Estado.

4. No presente artigo, o termo “tributação” designa os impostos de qualquer natureza ou denominação.

tionals of that other State in the same circumstances are or may be subjected.

2. The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities.

This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes on account of civil status or family responsibilities which it grants to its own residents.

3. Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first-mentioned Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of that first-mentioned State are or may be subjected.

4. In this Article the term “taxation” means taxes of every kind and description.

Artikel 26

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine in einem Vertragsstaat ansässige Person der Auffassung, daß die Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, in dem sie ansässig ist.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall im Einvernehmen mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich be-

Artigo 26

Procedimento amigável

1. Quando um residente de um Estado Contratante considerar que as medidas tomadas por um ou por ambos os Estados Contratantes conduzem ou poderão conduzir, em relação a si, a uma tributação não conforme com o presente Acordo, poderá, independentemente dos recursos previstos pelas legislações nacionais desses Estados, submeter o seu caso à apreciação da autoridade competente do Estado Contratante de que é residente.

2. Essa autoridade competente, se a reclamação se lhe afigurar justificada e não estiver em condições de lhe dar uma solução satisfatória, esforçar-se-á por resolver a questão através de acordo amigável com a autoridade competente do outro Estado Contratante, a fim de evitar uma tributação não conforme com o presente Acordo.

3. As autoridades competentes dos Estados Contratantes esforçar-se-ão

Article 26

Mutual agreement procedure

1. Where a resident of a Contracting State considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with this Agreement, he may, notwithstanding the remedies provided by the national laws of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident.

2. The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at an appropriate solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation not in accordance with the Agreement.

3. The competent authorities of the Contracting States shall endeavour

mühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen, die in dem Abkommen nicht behandelt sind, vermieden werden kann.

Artikel 27

Austausch von Informationen

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden die Informationen austauschen, die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlich sind. Alle so ausgetauschten Informationen sind geheimzuhalten und dürfen nur solche Personen, Behörden oder Gerichten zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung der unter das Abkommen fallenden Steuern oder mit der Prüfung von Rechtsbehelfen oder strafrechtlicher Verfolgung in bezug auf diese Steuern befaßt sind.

(2) Absatz 1 ist auf keinen Fall so auszulegen, als verpflichte er einen der Vertragsstaaten,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Angaben zu übermitteln, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Geschäfts-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

Artikel 28

Diplomatische und konsularische Beamte

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den diplomatischen und konsularischen Beamten nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Vereinbarungen zustehen.

Artikel 29

Land Berlin

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Föderativen Republik Brasilien innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des

por resolver, através de acordo amigável, as dificuldades ou as dúvidas que surgirem da interpretação ou da aplicação do presente Acordo. Poderão, também, consultar-se mutuamente com vistas a eliminar a dupla tributação nos casos não previstos no presente Acordo.

Artigo 27

Troca de informações

1. As autoridades competentes dos Estados Contratantes trocarão entre si as informações necessárias para aplicar o presente Acordo. Todas as informações assim trocadas serão consideradas secretas e só poderão ser comunicadas às pessoas ou autoridades encarregadas do lançamento ou da cobrança dos impostos que são objeto do presente Acordo ou da determinação de recursos ou de processos de transgressões.

2. O disposto no parágrafo 1 não poderá, em caso algum, ser interpretado no sentido de impor a um dos Estados Contratantes a obrigação:

- a) de tomar medidas administrativas contrárias a sua legislação ou a sua prática administrativa ou às do outro Estado Contratante;
- b) de fornecer informações que não poderiam ser obtidas com base na sua legislação ou no âmbito de sua prática administrativa normal ou das do outro Estado Contratante;
- c) de fornecer informações reveladoras de segredos comerciais, industriais, profissionais ou de processos comerciais ou industriais, ou informações, cuja comunicação seja contrária à ordem pública.

Artigo 28

Funcionários diplomáticos e consulares

Nada no presente Acordo prejudicará os privilégios fiscais de que se beneficiam os funcionários diplomáticos ou consulares em virtude de regras gerais do Direito Internacional ou de disposições de acordos especiais.

Artigo 29

"Land" Berlim

O presente Acordo aplicar-se-á também ao "Land" Berlim, desde que o Governo da República Federal da Alemanha não faça ao Governo da República Federativa do Brasil declaração em contrário, dentro de um

to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Agreement. They may also consult together for the elimination of double taxation in cases not provided for in the Agreement.

Article 27

Exchange of information

1. The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is necessary for the carrying out of this Agreement. Any information so exchanged shall be treated as secret and shall not be disclosed to any persons, authorities or courts other than those concerned with the assessment or collection of the taxes which are the subject of this Agreement or the determination of appeals or the prosecution of offences in relation thereto.

2. In no case shall the provisions of paragraph 1 be construed so as to impose on one of the Contracting States the obligation:

- a) to carry out administrative measures at variance with the laws or the administrative practice of that or of the other Contracting State;
- b) to supply particulars which are not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;
- c) to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information, the disclosure of which would be contrary to public policy.

Article 28

Diplomatic and consular officials

Nothing in this Agreement shall affect the fiscal privileges of diplomatic or consular officials under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

Article 29

Land Berlin

This Agreement shall also apply to Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany has not made a contrary declaration to the Government of the Federative Republic of Brazil within

Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

período de três meses a contar da data da entrada em vigor do presente Acordo.

three months from the date of entry into force of this Agreement.

Artikel 30

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Brasília ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft, und seine Bestimmungen finden erstmalig Anwendung

a) in Brasilien

I — bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt oder überwiesen werden, das unmittelbar auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft tritt;

II — bei den anderen unter dieses Abkommen fallenden Steuern auf die Steuerjahre, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs beginnen, das unmittelbar auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft tritt;

b) in der Bundesrepublik Deutschland

I — bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt oder überwiesen werden, das unmittelbar auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft tritt;

II — bei den anderen unter dieses Abkommen fallenden Steuern auf den Veranlagungszeitraum, der am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs beginnt, in dem das Abkommen in Kraft tritt.

Artikel 31

Außerkräfttreten

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis zum 30. Juni eines jeden Kalenderjahrs nach Ablauf von drei Jahren, vom Tag des Inkrafttretens an gerechnet, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen.

Artigo 30

Entrada em vigor

1. O presente Acordo será ratificado e os instrumentos de ratificação serão trocados em Brasília tão logo seja possível.

2. O presente Acordo entrará em vigor após a troca dos instrumentos de ratificação e suas disposições serão aplicadas pela primeira vez:

a) no Brasil:

I — no que concerne aos impostos retidos na fonte, às importâncias pagas ou remetidas no ou depois do primeiro dia de janeiro do ano calendário imediatamente seguinte àquele em que o Acordo entrar em vigor;

II — no que concerne aos outros impostos de que trata o presente Acordo, aos exercícios fiscais que comecem no ou depois do primeiro dia de janeiro do ano calendário imediatamente seguinte àquele em que o Acordo entrar em vigor;

b) na República Federal da Alemanha:

I — no que concerne aos impostos retidos na fonte, às importâncias pagas ou remetidas no ou depois do primeiro dia de janeiro do ano calendário imediatamente seguinte àquele em que o Acordo entrar em vigor;

II — no que concerne aos outros impostos de que trata o presente Acordo, ao período fiscal que comece no ou depois do primeiro dia de janeiro do ano calendário em que o Acordo entrar em vigor.

Artigo 31

Denúncia

O presente Acordo permanecerá em vigor indefinidamente, mas qualquer dos Estados Contratantes poderá denunciá-lo depois de decorrido um período de três anos a contar da data de sua entrada em vigor, mediante um aviso escrito de denúncia entregue ao outro Estado Contratante através dos canais diplomáticos, desde que tal aviso seja dado no ou antes do dia 30 de junho de qualquer ano calendário.

Article 30

Entry into force

1. This Agreement shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged at Brasília as soon as possible.

2. This Agreement shall enter into force upon the exchange of instruments of ratification and its provisions shall have effect for the first time:

a) In Brazil:

I — as respects taxes withheld at source to amounts paid or remitted on or after January 1st of the calendar year immediately following the year in which the Agreement enters into force;

II — as respects other taxes covered by this Agreement to taxable years beginning on or after January 1st of the calendar year immediately following the year in which the Agreement enters into force.

b) In the Federal Republic of Germany:

I — as respects taxes withheld at source to amounts paid or remitted on or after January 1st of the calendar year immediately following the year in which the Agreement enters into force;

II — as respects other taxes covered by this Agreement for the assessment period beginning on or after January 1st of the calendar year in which the Agreement enters into force.

Article 31

Termination

This Agreement shall remain in force indefinitely, but either Contracting State may, on or before 30th June in any calendar year beginning after the expiration of a period of three years from the date of the entry into force, give to the other Contracting State, through diplomatic channels, written notice of termination.

In diesem Fall ist das Abkommen letztmalig anzuwenden

a) in Brasilien

I — bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf Beträge, die vor Ablauf des Kalenderjahrs gezahlt oder überwiesen werden, in dem die Kündigung ausgesprochen wird;

II — bei den anderen unter dieses Abkommen fallenden Steuern auf das Steuerjahr, das in dem Kalenderjahr beginnt, in dem die Kündigung ausgesprochen wird;

b) in der Bundesrepublik Deutschland

I — bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf Beträge, die vor Ablauf des Kalenderjahrs gezahlt oder überwiesen werden, in dem die Kündigung ausgesprochen wird;

II — bei den anderen unter dieses Abkommen fallenden Steuern auf den Veranlagungszeitraum, der auf das Jahr folgt, in dem die Kündigung ausgesprochen wird.

GESCHEHEN zu Bonn am 27. Juni 1975 in zwei Urschriften, jede in deutscher, portugiesischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des portugiesischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Nesse caso, o Acordo aplicar-se-á pela última vez:

a) no Brasil

I — no que concerne aos impostos retidos na fonte, às importâncias pagas ou remetidas antes da expiração do ano calendário no qual o aviso de denúncia tenha sido dado;

II — no que concerne aos outros impostos de que trata o presente Acordo, ao exercício fiscal que comece no ano calendário no qual o aviso de denúncia tenha sido dado;

b) na República Federal da Alemanha:

I — no que concerne aos impostos retidos na fonte, às importâncias pagas ou remetidas antes da expiração do ano calendário no qual o aviso de denúncia tenha sido dado;

II — no que concerne aos outros impostos de que trata o presente Acordo, ao período fiscal seguinte ao ano no qual o aviso de denúncia tenha sido dado.

FEITO em Bonn aos 27 dias do mês de junho de 1975, em dois originais, nas línguas alemã, portuguesa e inglesa, sendo os três textos igualmente autênticos. No caso de qualquer divergência de interpretação prevalecerá o texto em língua inglesa.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pela República Federal da Alemanha
For the Federal Republic of Germany
Genscher
Hiehle

Für die Föderative Republik Brasilien
Pela República Federativa do Brasil
For the Federative Republic of Brazil
A. F. Azeredo da Silveira

In such a case this Agreement shall apply for the last time:

a) In Brazil

I — as respects taxes withheld at source, to amounts paid or remitted before the expiration of the calendar year in which the notice of termination is given;

II — as respects other taxes covered by this Agreement, to the taxable year beginning in the calendar year in which the notice of termination is given.

b) In the Federal Republic of Germany:

I — as respects taxes withheld at source, to amounts paid or remitted before the expiration of the calendar year in which the notice of termination is given;

II — as respects other taxes covered by this Agreement for the assessment period following the year in which notice of termination is given.

DONE at Bonn this 27th day of June 1975 in two originals, each in the German, Portuguese and English languages, all three texts being authentic. In case of divergent interpretations of the German and Portuguese texts, the English text shall prevail.

Protokoll

Protocolo

Protocol

Anläßlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Republik Brasilien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen haben die gehörig befugten Unterzeichneten die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind.

No momento da assinatura do Acordo para evitar a dupla tributação em matéria de impostos sobre a renda e o capital entre a República Federativa do Brasil e a República Federal da Alemanha, os abaixo-assinados, para isso devidamente autorizados, acordaram nas seguintes disposições que constituem parte integrante do presente Acordo.

At the moment of the signature of the Agreement for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and capital, between the Federative Republic of Brazil and the Federal Republic of Germany, the undersigned, being duly authorized thereto, have agreed upon the following provisions which constitute an integral part of the present Agreement.

1. Zu Artikel 10

Es wird davon ausgegangen, daß der Ausdruck „Dividenden“ Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen sowie im Fall der Bundesrepublik Deutschland Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter umfaßt.

1. Com referência ao artigo 10:

Fica entendido que o termo “dividendos” inclui as distribuições de certificados de fundo de investimento, assim como, no caso da República Federal da Alemanha, os rendimentos recebidos por um sócio comanditário provenientes de sua participação na sociedade, nessa qualidade.

1. With reference to Article 10:

It is understood that the term “dividends” includes distributions on certificates of an investment-trust as well as, in the case of the Federal Republic of Germany, income derived by a sleeping partner from his participation as such.

2. Zu Artikel 10

Der Wert von Gesellschaftsanteilen, die von einer Kapitalgesellschaft eines Vertragsstaats ausgehen und von einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person bezogen werden, darf in keinem Vertragsstaat als Einkommen besteuert werden.

2. Com referência ao artigo 10:

O valor das ações emitidas por uma sociedade de um Estado Contratante e recebidas por um residente do outro Estado Contratante não será tributável como rendimento em qualquer dos Estados Contratantes.

2. With reference to Article 10:

The value of shares issued by a corporation of a Contracting State and received by a resident of the other Contracting State shall not be subject to tax as income in either Contracting State.

3. Zu Artikel 11

a) Zinsen, die aus Brasilien stammen und von der Deutschen Bundesbank, der Kreditanstalt für Wiederaufbau oder der Deutschen Gesellschaft für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (Entwicklungsgesellschaft) m.b.H. im Zusammenhang mit ihren öffentlichen Funktionen bezogen werden, gelten als an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gezahlt.

3. Com referência ao artigo 11:

a) Os juros provenientes do Brasil e recebidos pelo “Deutsche Bundesbank”, pelo “Kreditanstalt für Wiederaufbau” ou pela “Deutsche Gesellschaft für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (Entwicklungsgesellschaft) mbH”, como decorrência do exercício de funções de natureza pública, serão considerados como tendo sido pagos ao Governo da República Federal de Alemanha.

3. With reference to Article 11:

a) Interest arising in Brazil and received by the Deutsche Bundesbank, the Kreditanstalt für Wiederaufbau or the Deutsche Gesellschaft für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (Entwicklungsgesellschaft) mbH in connection with their functions of public nature shall be considered as paid to the Government of the Federal Republic of Germany.

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bestimmen im gegenseitigen Einvernehmen alle sonstigen staatlichen Einrichtungen, auf die diese Bestimmung Anwendung findet.

As autoridades competentes dos Estados Contratantes determinarão, de comum acordo, qualquer outra instituição governamental à qual se aplique a presente disposição.

The competent authorities of the Contracting States shall determine by mutual agreement any other governmental institution to which this provision shall apply.

b) Es wird davon ausgegangen, daß die Provisionen, die eine in Brasilien ansässige Person an eine Bank oder ein sonstiges Kreditinstitut im Zusammenhang mit von der Bank oder dem Kreditinstitut erbrachten Leistungen zahlt, als Zinsen gelten und unter Artikel 11 Absätze 2 und 3 fallen.

b) Fica entendido que as comissões pagas por um residente do Brasil a um banco ou instituição financeira em conexão com serviços prestados por este banco ou instituição financeira são consideradas juros e estão sujeitas às disposições dos parágrafos 2 e 3 do artigo 11.

b) It is understood that the commissions paid by a resident of Brazil to a bank or a financial institution in connection with services rendered by such bank or financial institution are considered to be interest and subject to the provisions of paragraphs 2 and 3 of Article 11.

4. Zu Artikel 12

Es wird davon ausgegangen, daß Artikel 12 Absatz 2 Buchstabe b entspre-

4. Com referência ao artigo 12:

Fica entendido que as disposições do parágrafo 2 b do artigo 12 aplicar-

4. With reference to Article 12:

It is understood that the provisions of paragraph 2 b of Article 12 shall

chend für Einkünfte aus technischer Unterstützung und technischen Dienstleistungen gilt.

5. Zu Artikel 14

Es wird davon ausgegangen, daß Artikel 14 auch dann Anwendung findet, wenn die Tätigkeit von einer Gesellschaft oder einer zivilrechtlichen Vereinigung ausgeübt wird.

6. Zu Artikel 25 Absatz 2

Es wird davon ausgegangen, daß Artikel 10 Absatz 6 nicht in Widerspruch zu Artikel 25 Absatz 2 steht.

7. Zu Artikel 25 Absatz 3

Die Vorschriften des brasilianischen Rechts, nach denen Lizenzgebühren im Sinne des Artikels 12 Absatz 3, die eine in Brasilien ansässige Gesellschaft an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person zahlt, der mindestens 50 vom Hundert des stimmberechtigten Kapitals dieser Gesellschaft gehören, bei der Ermittlung der zu versteuernden Einkünfte der in Brasilien ansässigen Gesellschaft nicht abgezogen werden können, stehen nicht in Widerspruch zu Artikel 25 Absatz 3 des Abkommens.

8. Zu Artikel 24

Für die Gewinne einer Betriebstätte und für das Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebstätte darstellt, für die von einer Gesellschaft gezahlten Dividenden, für die Beteiligung an einer Gesellschaft und für die in Artikel 13 Absätze 1 und 2 erwähnten Gewinne gilt unter Ausschluß des Artikels 24 Absätze 1 und 3 nur Absatz 2 dieses Artikels, es sei denn, daß die in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person nachweist, daß mindestens 90 vom Hundert der Einnahmen der Betriebstätte oder Gesellschaft aus einer der folgenden innerhalb Brasiliens ausgeübten Tätigkeiten stammen:

aus der Herstellung, dem Verkauf oder der Vermietung von Gütern oder Waren (einschließlich der Fälle, in denen diese Güter oder Waren an Kunden außerhalb Brasiliens verkauft oder vermietet werden), aus technischer Beratung oder technischer oder kaufmännischer Dienstleistung oder aus Bank- oder Versicherungsgeschäften, aus Zinsen oder Lizenzgebühren, die aus Brasilien stammen und mit den oben genannten Tätigkeiten im Zusammenhang stehen, aus von der Regierung Brasiliens oder einer ihrer Gebietskörperschaften ge-

-se-ão igualmente aos rendimentos provenientes da prestação de assistência técnica e serviços técnicos.

5. Com referência ao artigo 14:

Fica entendido que as disposições do artigo 14 aplicar-se-ão mesmo se as atividades forem exercidas por uma sociedade ou associação de direito civil.

6. Com referência ao artigo 25, parágrafo 2:

Fica entendido que as disposições do parágrafo 6 do artigo 10 não são conflitantes com as disposições do parágrafo 2 do artigo 25.

7. Com referência ao artigo 25, parágrafo 3:

As disposições da legislação brasileira que não permitem que os royalties, como definidos no parágrafo 3 do artigo 12, pagos por uma sociedade residente do Brasil a um residente da República Federal da Alemanha que possua no mínimo 50% do capital com direito a voto dessa sociedade, sejam dedutíveis no momento de se determinar o rendimento tributável da sociedade residente do Brasil, não são conflitantes com as disposições do parágrafo 3 do artigo 25 do presente Acordo.

8. Com referência ao artigo 24:

Somente as disposições do parágrafo 2 do artigo 24, com a exclusão dos parágrafos 1 e 3 desse artigo, aplicar-se-ão aos lucros e ao capital representado por bens que façam parte do ativo de um estabelecimento permanente, aos dividendos pagos por uma sociedade pela participação acionária nessa sociedade, e aos ganhos mencionados nos parágrafos 1 e 2 do do artigo 13 do Acordo, a não ser que o residente da República Federal da Alemanha em questão comprove que pelo menos 90% da receita do estabelecimento permanente ou da sociedade provenha da produção, venda ou locação de bens e mercadorias (inclusive os casos, em que tais bens ou mercadorias forem vendidos ou emprestados a clientes fora do Brasil), da prestação de assessoria técnica ou atividades de engenharia ou comerciais, ou realização de operações bancárias ou de seguros, efetuadas no Brasil, ou de juros ou royalties provenientes do Brasil e relacionados com as atividades acima mencionadas, ou de juros pagos pelo Governo do Brasil ou por uma sua subdivisão política ou de juros e dividendos pagos por uma sociedade residente do Brasil, se no mínimo 90% da receita dessa so-

likewise apply to income derived from the rendering of technical assistance and technical services.

5. With reference to Article 14:

It is understood that the provisions of Article 14 shall apply even if the activities are exercised by a company or a civil society.

6. With reference to Article 25, paragraph 2:

It is understood that the provisions of paragraph 6 of Article 10 are not in conflict with the provisions of paragraph 2 of Article 25.

7. With reference to Article 25, paragraph 3:

The provisions of the Brazilian law which do not allow that royalties as defined in paragraph 3 of Article 12, paid by a company resident of Brazil to a resident of the Federal Republic of Germany which holds at least 50 percent of the voting capital of that company, be deductible at the moment of the determination of the taxable income of the company resident of Brazil, are not in conflict with the provisions of paragraph 3 of Article 25 of the present Agreement.

8. With reference to Article 24:

Only the provisions of paragraph 2 of Article 24, with the exclusion of paragraphs 1 and 3 of that Article, shall apply to the profits of, and to the capital represented by property forming part of the business property of, a permanent establishment; to dividends paid by, and to the shareholding in, a company; or to gains referred to in paragraphs 1 and 2 of Article 13 of the Agreement; unless the resident of the Federal Republic of Germany concerned proves that at least 90 percent of the receipts of the permanent establishment or company are derived from producing, selling or letting goods and merchandise (including cases where such goods or merchandise are sold or let to customers outside Brazil), giving technical advice or rendering engineering or commercial services, or doing banking or insurance business, within Brazil, or from interest or royalties arising in Brazil and connected with the above-mentioned activities, or from interest paid by the Government of Brazil or a political subdivision thereof or from interest and dividends paid by a company being a resident of Brazil if such company derives at least

zahlten Zinsen oder aus Zinsen und Dividenden, die eine in Brasilien ansässige Gesellschaft zahlt, wenn diese Gesellschaft mindestens 90 vom Hundert ihrer Einnahmen aus den oben genannten Tätigkeiten bezieht.

9.

Der in Artikel 10 Absätze 2 und 6 vorgesehene begrenzte Steuersatz gilt nicht für Einkünfte, auf die gemäß Nummer 8 des Protokolls nur Artikel 24 Absatz 2 Anwendung findet.

GESCHEHEN zu Bonn am 27. Juni 1975 in zwei Urschriften, jede in deutscher, portugiesischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des portugiesischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

cidade for recebida pelo exercício das atividades mencionadas acima.

9.

A limitação da alíquota de imposto prevista nos parágrafos 2 e 6 do artigo 10 não se aplica aos rendimentos aos quais, em conformidade com o n.º 8 do Protocolo, somente são aplicáveis as disposições do parágrafo 2 do artigo 24.

FEITO em Bonn aos 27 dias do mês de junho de 1975, em dois originais nas línguas alemã, portuguesa e inglesa, sendo os três textos igualmente autênticos. No caso de qualquer divergência de interpretação prevalecerá o texto em língua inglesa.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pela República Federal da Alemanha
For the Federal Republic of Germany
Genscher
Hiehle

Für die Föderative Republik Brasilien
Pela República Federativa do Brasil
For the Federative Republic of Brazil
A. F. Azeredo da Silveira

90 percent of its receipts from the above-mentioned activities.

9.

The tax rate limitation provided for in paragraphs 2 and 6 of Article 10 does not apply to income to which, according to No 8 of the Protocol as aforementioned, only the provisions of paragraph 2 of Article 24 shall be applied.

DONE at Bonn this 27th day of June 1975 in two originals, each in the German, Portuguese and English languages, all three texts being authentic. In case of divergent interpretations of the German and Portuguese texts, the English text shall prevail.

Denkschrift zum Abkommen

A. Bedeutung und Zweck des Abkommens

Brasilien hat im letzten Jahrzehnt eine wirtschaftliche Entwicklung erlebt, die für ein Entwicklungsland beispielhaft ist. Die jährlichen Zuwachsraten gehören auch heute noch zu den höchsten der Welt. Dies gilt vor allem für den industriellen Bereich.

Ein wesentliches Element der brasilianischen Wirtschaftspolitik ist die Kooperation mit dem Ausland. Das meiste Auslandskapital stammt zwar aus den Vereinigten Staaten von Amerika; die Bundesrepublik Deutschland folgt jedoch bereits an zweiter Stelle. Die privaten deutschen Vermögensanlagen erreichten bis zum 31. Dezember 1973 den Stand von 1 996,6 Mio DM. In keinem anderen Entwicklungsland sind sie auch nur annähernd so hoch.

Wegen der Bedeutung, die Brasilien für die deutsche Wirtschaft erlangt hat, war die Bundesregierung schon seit Beginn der 60er Jahre bemüht, mit Brasilien ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung zu schließen. Doch erst am 14. Juni 1974 gelang es, die Verhandlungen mit der Paraphierung eines Abkommenstextes zu beenden. Am 27. Juni 1975 wurde das Abkommen in Bonn unterzeichnet.

Die Verhandlungen waren sehr schwierig. Brasilien folgt wie fast alle südamerikanischen Staaten steuerrechtlich bei gewerblichen Unternehmen dem Territorialprinzip und war nach dieser Grundkonzeption nur zögernd bereit, einer Einschränkung seiner Quellenbesteuerung zuzustimmen. Die Bundesregierung betont demgegenüber in Anlehnung an das OECD-Musterabkommen das Wohnsitzprinzip, das eine weitgehende Einschränkung der Quellenbesteuerung ausländischer Staaten fordert. Die Einschränkung der Quellenbesteuerung mußte Brasilien um so schwerer fallen, als die brasilianischen Investitionen in der Bundesrepublik nur gering sind.

Das Abkommen stellt in manchen Fragen einen Kompromiß dar. In wesentlichen Teilen folgt es jedoch dem OECD-Musterabkommen und damit der üblichen deutschen Vertragspraxis. Es wahrt die Grundsätze, die bisher gegenüber Entwicklungsländern angewandt worden sind, und stellt darüber hinaus sicher, daß die Bundesrepublik nicht ungünstiger gestellt wird als andere Vertragspartner Brasiliens. Zur Zeit ist es das einzige Abkommen mit einem Staat des südamerikanischen Kontinents, nachdem das deutsch-argentinische Abkommen von argentinischer Seite gekündigt worden ist. Es ist zu erwarten, daß es auf dem südamerikanischen Kontinent große Beachtung findet.

Das Abkommen stellt die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Brasilien auf eine feste steuerliche Grundlage und soll zur weiteren Vertiefung und Ausweitung dieser Beziehungen beitragen. Es vermeidet nicht nur die Doppelbesteuerung, sondern sieht gleichzeitig

erhebliche Anreize für Investitionen in Brasilien und den Technologie-Transfer nach Brasilien vor. Dies geschieht einerseits dadurch, daß die brasilianische Quellenbesteuerung auf ein vertretbares Maß zurückgeschraubt wird, andererseits dadurch, daß brasilianische Einkünfte und Vermögenswerte deutscher Unternehmen entweder von der deutschen Besteuerung freigestellt oder durch Anrechnung der brasilianischen Quellensteuer, auch soweit diese nach dem Abkommen gesenkt wird, ermäßigt besteuert werden.

Dem Musterabkommen der OECD entsprechend stekken die einleitenden Bestimmungen der Artikel 1 bis 5 den Geltungsbereich des Vertragswerks ab und enthalten die für die Anwendung des Abkommens wichtigen Definitionen. Die Artikel 6 bis 23 legen den Rahmen fest, innerhalb dessen der Quellen- bzw. Belegenheitsstaat Einkünfte und Vermögenswerte besteuern darf. Artikel 24 bestimmt, wie der Wohnsitzstaat bei den dem Quellen- oder Belegenheitsstaat zur Besteuerung überlassenen Einkünften und Vermögenswerten die Doppelbesteuerung vermeidet. Die abschließenden Artikel 25 bis 31 regeln den Schutz vor Diskriminierungen, die zur Durchführung des Abkommens notwendige Zusammenarbeit der Vertragsstaaten, das Inkrafttreten und die evtl. Kündigung des Abkommens sowie andere Fragen. Dem Abkommen ist ein Protokoll mit einigen ergänzenden Bestimmungen beigegeben, das Bestandteil des Abkommens ist.

B. Die Abkommensregelungen im einzelnen

Zu Artikel 1

Dieser Artikel bestimmt in Übereinstimmung mit dem OECD-Musterabkommen, daß das Abkommen für Personen gilt, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Zu Artikel 2

Dieser Artikel führt die Steuern auf, die unter das Abkommen fallen.

Zu Artikel 3

Absatz 1 definiert einige im Abkommen verwendete Begriffe, während Absatz 2 die übliche Auslegungsregel enthält, die auf das innerstaatliche Recht als subsidiäre Auslegungsquelle verweist.

Zu Artikel 4

Dieser Artikel definiert in Übereinstimmung mit dem OECD-Musterabkommen den Begriff der in einem Vertragsstaat ansässigen Person, der für den persönlichen Geltungsbereich des Abkommens und die Abgrenzung der Besteuerungsrechte maßgebend ist. Grundsätzlich bestimmt sich die Ansässigkeit nach den Merkmalen des innerstaatlichen Rechts der

Vertragstaaten (Absatz 1). Ist eine Person danach in beiden Vertragstaaten ansässig, so wird nach bestimmten Kriterien nur einer der Staaten für die Anwendung des Abkommens als Wohnsitzstaat behandelt (Absätze 2 und 3).

Zu Artikel 5

Dieser Artikel definiert in Übereinstimmung mit dem OECD-Musterabkommen den Begriff der Betriebsstätte, der die Grundlage für die Zuweisung des Besteuerungsrechts für gewerbliche Einkünfte bildet (vgl. Artikel 7).

Zu Artikel 6

Dieser Artikel bestimmt entsprechend dem OECD-Musterabkommen, daß Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen in dem Staat besteuert werden können, in dem dieses Vermögen liegt.

Zu Artikel 7

Dieser Artikel regelt im wesentlichen in Übereinstimmung mit dem OECD-Musterabkommen die Besteuerung der Gewinne aus Gewerbebetrieb.

Nach Absatz 1 darf ein Staat die gewerblichen Gewinne von Unternehmen des anderen Staates nur insoweit besteuern, als die Gewinne durch eine in seinem Gebiet belegene Betriebsstätte erzielt werden.

Die Absätze 2 bis 4 enthalten Bestimmungen über die Ermittlung der einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne.

Absatz 5 regelt das Verhältnis der Betriebsstättenbesteuerung zu den Abkommensbestimmungen für andere Einkünfte.

Zu Artikel 8

Dieser Artikel regelt in Übereinstimmung mit dem OECD-Musterabkommen die Besteuerung der Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr. Diese Gewinne dürfen abweichend vom Betriebsstättenprinzip nur im Staat der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens besteuert werden.

Zu Artikel 9

Dieser Artikel stellt klar, daß das Abkommen der Korrektur von Gewinnverlagerungen zwischen verbundenen Unternehmen nicht entgegensteht.

Zu Artikel 10

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Dividenden.

Nach Absatz 1 können Dividenden in dem Staat besteuert werden, in dem der Empfänger ansässig ist.

Die Steuer des Quellenstaates wird nach Absatz 2 auf 15 v.H. des Bruttobetrags der Dividenden begrenzt. Nach Absatz 9 des Protokolls zum Abkommen gilt diese Begrenzung jedoch nicht, wenn die Dividenden auf Grund einer wesentlichen zwischen-

gesellschaftlichen Beteiligung gezahlt werden, für die das Schachtelprivileg nach Artikel 24 Abs. 1 i.V.m. Absatz 8 des Protokolls zum Abkommen nicht gewährt wird (vgl. die Ausführungen zu Artikel 24).

Nach Absatz 3 kann abweichend von Absatz 2 die volle deutsche Kapitalertragsteuer auf Dividenden erhoben werden, wenn diese von einer deutschen Tochtergesellschaft an eine brasilianische Muttergesellschaft ausgeschüttet werden. Damit wird entsprechend der Entschließung des Deutschen Bundestages zum Steueränderungsgesetz 1958 (Bundestagsdrucksache 447 S.2 3. Wahlperiode) berücksichtigt, daß der ausgeschüttete Gewinn der deutschen Tochtergesellschaft nur dem ermäßigten Ausschüttungssteuersatz von 15 v.H. unterliegt und die brasilianische Muttergesellschaft im Gegensatz zu einer deutschen Muttergesellschaft die deutsche Nachsteuer nach § 9 Abs. 3 des Körperschaftsteuergesetzes nicht zu tragen braucht.

Absatz 4 enthält den sog. Betriebsstättenvorbehalt.

Absatz 5 definiert den Begriff der Dividenden. Durch Absatz 1 des Protokolls zum Abkommen wird darüber hinaus klargestellt, daß auch Ausschüttungen auf Anteilsscheine an einem Investmentfonds sowie Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter unter den Dividendenbegriff fallen.

Absatz 6 trägt der Besonderheit des brasilianischen Steuerrechts Rechnung, wonach Betriebsstätten ausländischer Unternehmen wie Körperschaften besteuert werden. Der Betriebsättengewinn unterliegt zunächst der Körperschaftsteuer und, soweit er ins Ausland überwiesen wird, einer Kapitalertragsteuer. Die Kapitalertragsteuer wird entsprechend Absatz 2 auf 15 v.H. begrenzt.

Absatz 7 enthält ergänzende Bestimmungen, die mit dem OECD-Musterabkommen übereinstimmen.

Absatz 8 sieht vor, daß die Quellensteuerbegrenzung erst ab 1978 gilt, und trägt insoweit einem brasilianischen Anliegen Rechnung.

Zu Artikel 11

Dieser Artikel behandelt in weitgehender Übereinstimmung mit dem OECD-Musterabkommen die Besteuerung von Zinsen.

Nach Absatz 1 können Zinsen in dem Staat besteuert werden, in dem der Empfänger ansässig ist.

Die Steuer des Quellenstaates wird nach Absatz 2 in der Regel auf 15 v.H. des Bruttobetrags der Zinsen begrenzt. Nur wenn der Empfänger der Zinsen eine Bank ist und das Darlehen für eine Dauer von mindestens 7 Jahren in Zusammenhang mit bestimmten Investitionsvorhaben gewährt wird, darf die Quellensteuer 10 v.H. des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen.

Nach Absatz 3 sind abweichend von Absatz 2 Zinsen, die der Regierung eines Vertragstaates oder anderen öffentlichen oder öffentlich beherrschten Institutionen des Vertragstaates zufließen, von der Quellensteuer ganz befreit. Durch Absatz 3 des Protokolls zum Abkommen wird klargestellt, daß zu den begünstigten deutschen Institutionen die Deut-

sche Bundesbank, die Kreditanstalt für Wiederaufbau und die Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit gehören.

Absatz 4 definiert den Begriff der Zinsen. Absatz 3 des Protokolls zum Abkommen erweitert die Definition auf Provisionen, die eine in Brasilien ansässige Person an ein deutsches Kreditinstitut im Zusammenhang mit erbrachten Dienstleistungen zahlt.

Absatz 5 enthält den sog. Betriebstättenvorbehalt.

Absatz 6 legt fest, daß die Quellensteuerbegrenzung nicht gilt für Zinsen, die einer in einem dritten Staat belegenen Betriebstätte des Empfängers der Zinsen zuzurechnen sind.

Die Absätze 7 und 8 enthalten ergänzende Bestimmungen, die dem OECD-Musterabkommen entsprechen.

Zu Artikel 12

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Lizenzgebühren.

Nach Absatz 1 können Lizenzgebühren in dem Staat besteuert werden, in dem der Empfänger ansässig ist.

Die Steuer des Quellenstaates wird nach Absatz 2 in der Regel auf 15 v.H. des Bruttobetrags der Lizenzgebühren begrenzt. Nach Absatz 4 des Protokolls zum Abkommen gilt dies erweiternd auch für Einkünfte aus technischer Unterstützung und technischen Dienstleistungen. Vergütungen, die für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung von Warenzeichen gezahlt werden, dürfen einer Quellensteuer von 25 v.H. des Bruttobetrags der Zahlungen unterworfen werden.

Absatz 3 definiert den Begriff der Lizenzgebühren.

Die Absätze 4 bis 6 enthalten ergänzende Regelungen, die dem OECD-Musterabkommen entsprechen.

Nach Absatz 7 ist die Quellensteuerbegrenzung nach Absatz 2 Buchstabe b erst ab 1977 anzuwenden, wenn der Gläubiger der Lizenzgebühren unmittelbar oder mittelbar zu mindestens 50 v. H. am Stammkapital der Gesellschaft beteiligt ist, die die Lizenzgebühren zahlt.

Zu Artikel 13

Dieser Artikel, der im wesentlichen dem OECD-Musterabkommen entspricht, behandelt die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen.

Der Belegenheits- bzw. Quellenstaat darf nach den Absätzen 1 und 2 Gewinne aus der Veräußerung von unbeweglichem Vermögen und beweglichem Betriebstättenvermögen sowie von beweglichem Vermögen einer der Ausübung eines freien Berufs dienenden festen Einrichtung besteuern. Gewinne aus der Veräußerung von Luftfahrzeugen und Schiffen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und von Betriebsvermögen, das dieser Luft- und Schifffahrt dient, dürfen nur in dem Staat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Während alle sonstigen Vermögenswerte nach dem OECD-Musterabkommen nur im Wohnsitzstaat besteuert werden dürfen, hält Absatz 3 für diese Vermögenswerte das Besteuerungsrecht beider Staaten aufrecht.

Zu Artikel 14

Dieser Artikel behandelt die Besteuerung von Einkünften aus freiberuflicher oder sonstiger selbständiger Tätigkeit.

Nach Absatz 1 steht dem Quellenstaat ein Besteuerungsrecht zu, wenn die Vergütungen für die freiberufliche oder sonstige selbständige Tätigkeit von einer in diesem Staat gelegenen Betriebstätte oder einer dort ansässigen Gesellschaft getragen werden. Diese Regelung weicht von dem OECD-Musterabkommen ab, das die Besteuerung der Einkünfte dem Staat der Arbeitsausübung nur zuweist, wenn der Steuerpflichtige dort für seine Tätigkeit — ähnlich dem Betriebstättenprinzip bei gewerblichen Einkünften — regelmäßig über eine feste Einrichtung verfügt.

In Absatz 2 wird der Ausdruck „freier Beruf“ im einzelnen erläutert.

Absatz 5 des Protokolls zum Abkommen erklärt Artikel 14 auch dann für anwendbar, wenn die Tätigkeit von einer Gesellschaft oder einer zivilrechtlichen Vereinigung ausgeübt wird.

Zu Artikel 15

Dieser Artikel regelt in Übereinstimmung mit dem OECD-Musterabkommen die Besteuerung der Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit.

Absatz 1 stellt den Grundsatz auf, daß Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit nur in dem Staat besteuert werden können, in dem die Tätigkeit ausgeübt wird.

Dieser Grundsatz wird in Absatz 2 bei Arbeitnehmern, die nur vorübergehend im Ausland eingesetzt werden (z. B. Monteure), eingeschränkt.

Wird die unselbständige Arbeit an Bord eines Schiffes oder Luftfahrzeuges im internationalen Verkehr ausgeübt, so hat nach Absatz 3 der Staat das Besteuerungsrecht, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Schifffahrt- oder Luftfahrtunternehmens befindet.

Zu Artikel 16

Nach diesem Artikel können in Übereinstimmung mit dem OECD-Musterabkommen Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen in dem Staat besteuert werden, in dem die zahlende Gesellschaft ansässig ist.

Zu Artikel 17

In Übereinstimmung mit dem OECD-Musterabkommen dürfen Künstler und Sportler mit den Einkünften für ihre Tätigkeit in dem Staat besteuert werden, in dem sie die Tätigkeit ausüben.

Zu Artikel 18

Dieser Artikel regelt in Übereinstimmung mit dem OECD-Musterabkommen die Besteuerung von Arbeitsentgelten, die aus öffentlichen Kassen gezahlt werden.

Absatz 1 legt den Grundsatz fest, daß Arbeitsentgelte und Ruhegehälter aus öffentlichen Kassen nur im Kassenstaat besteuert werden, und zwar auch dann, wenn die Tätigkeit im anderen Vertragsstaat ausgeübt wird oder worden ist. Staatsangehörige des anderen Staates, die in diesem Staat tätig sind und nicht auch die Staatsangehörigkeit des Kassenstaats besitzen, dürfen nur im Staat der Arbeitsausübung besteuert werden (Absatz 1 Satz 2).

Für Arbeitnehmer in gewerblichen Betrieben der öffentlichen Hand gelten nach Absatz 2 die allgemeinen Regelungen für die Besteuerung von Einkünften aus nichtselbständiger Tätigkeit.

Absatz 3 dehnt das Kassenstaatsprinzip auf Vergütungen aus, die im Rahmen eines Entwicklungshilfeprogramms gezahlt werden.

Zu Artikel 19

Dieser Artikel regelt, teilweise abweichend vom OECD-Musterabkommen, die Besteuerung von Ruhegehältern und Renten.

Absatz 1 legt den Grundsatz fest, daß Ruhegehälter, soweit sie nicht aus öffentlichen Kassen gezahlt werden, sowie Renten nur im Wohnsitzstaat besteuert werden dürfen. Soweit das Ruhegehalt jedoch 12 000 DM oder den entsprechenden Wert in brasilianischer Währung übersteigt, kann es ebenfalls im Quellenstaat besteuert werden.

Nach Absatz 2 werden Ruhegehälter, Renten und andere Zahlungen, die aus öffentlichen Kassen für einen Schaden gezahlt werden, der als Folge von Kriegshandlungen oder politischer Verfolgung entstanden ist, von der brasilianischen Besteuerung freigestellt.

Absatz 3 enthält die Definition der Ausdrücke „Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen“ sowie „Rente“.

Zu Artikel 20

Dieser Artikel soll den Austausch von Lehrkräften und Forschern fördern. Zu diesem Zweck werden die Tätigkeitsvergütungen von Austauschlehrkräften und -forschern im Gaststaat von der Besteuerung freigestellt, sofern sie aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

Zu Artikel 21

Dieser Artikel soll den Austausch von Personen, die in einer Ausbildung oder Fortbildung stehen, sowie von Stipendiaten fördern.

Nach Absatz 1 werden die Zahlungen, die diese Personen für ihren Unterhalt, ihr Studium oder ihre Ausbildung von außerhalb des Gaststaates erhalten, von dessen Besteuerung freigestellt.

Absatz 2 ergänzt diese Regelung. Die genannten Personen, die in einer Ausbildung oder Fortbildung stehen, sind danach für die Dauer von 3 Jahren mit Lohneinkünften, die sie im Gaststaat erzielen, von dessen Besteuerung freigestellt, sofern diese Einkünfte einen jährlichen Betrag von 7 200 DM nicht übersteigen.

Zu Artikel 22

Dieser Artikel hält das Besteuerungsrecht beider Vertragsstaaten für alle Einkünfte, die in den vorangegangenen Artikeln nicht erwähnt werden, aufrecht. Insoweit weicht er vom OECD-Musterabkommen ab, das das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte dem Wohnsitzstaat zuweist.

Zu Artikel 23

Dieser Artikel regelt in Übereinstimmung mit dem OECD-Musterabkommen die Besteuerung des Vermögens.

Nach den Absätzen 1 und 2 dürfen unbewegliches Vermögen und das bewegliche Vermögen, das zu einer Betriebsstätte oder einer der Ausübung eines freien Berufs dienenden festen Einrichtung gehört, entsprechend der Regelung für die daraus erzielten Einkünfte im Belegenheitsstaat besteuert werden.

Nach Absatz 3 dürfen Seeschiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe und Luftfahrzeuge dient, nur in dem Staat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Absatz 6 weist das Recht der Besteuerung allen übrigen Vermögens dem Wohnsitzstaat zu.

Zu Artikel 24

Dieser Artikel regelt, wie der Wohnsitzstaat des Steuerpflichtigen die Doppelbesteuerung bei Einkünften und Vermögenswerten vermeidet, die nach dem Abkommen im Quellen- bzw. Belegenheitsstaat besteuert werden dürfen. Die Absätze 1 bis 3 bestimmen, wie die Bundesrepublik die Doppelbesteuerung bei einer in ihrem Gebiet ansässigen Person vermeidet, während Absatz 4 eine derartige Regelung für Brasilien trifft.

Nach Absatz 1 werden Einkünfte aus aktiver Arbeits- und Wirtschaftstätigkeit und die entsprechenden Vermögenswerte von der deutschen Steuer freigestellt (Freistellungsmethode). Dies gilt für unternehmerische Tätigkeit, die durch eine brasilianische Betriebsstätte (Buchstaben a, b und e) oder eine brasilianische Tochtergesellschaft (Buchstabe c) ausgeübt wird, sowie für unselbständige Tätigkeit im Sinne der Artikel 15 und 18 (Buchstabe d). Die Freistellung brasilianischen Betriebsstättenvermögens und einer wesentlichen Beteiligung an einer brasilianischen Tochtergesellschaft sowie der daraus fließenden Einkünfte wird nach Absatz 8 des Protokolls zum Abkommen davon abhängig gemacht, daß die brasilianische Betriebsstätte oder Tochtergesellschaft mindestens 90 v.H. der Einnahmen aus bestimmten im einzelnen aufgezählten aktiven Tätigkeiten er-

zielt. Ist dies nicht der Fall, so wird zur Vermeidung der Doppelbesteuerung lediglich die brasilianische Steuer auf die entsprechende deutsche Steuer angerechnet. Die Freistellung einer wesentlichen Beteiligung an einer brasilianischen Tochtergesellschaft sowie der daraus fließenden Einkünfte setzt des weiteren voraus, daß die Beteiligung von einer juristischen Person oder einem sonstigen Rechtsträger, der für die Besteuerung wie eine juristische Person behandelt wird, gehalten wird (Gesellschaft im Sinne des Artikels 3 Abs. 1 Buchstabe d). Die freigestellten Einkünfte und Vermögenswerte werden bei der Festsetzung des Steuersatzes für die übrigen, der deutschen Besteuerung weiterhin unterliegenden Einkünfte und Vermögenswerte berücksichtigt (Progressionsvorbehalt).

Bei allen Einkünften und Vermögenswerten, die nicht nach Absatz 1 von der deutschen Steuer freigestellt werden, wird die Doppelbesteuerung nach Absatz 2 durch Anrechnung der brasilianischen auf die deutsche Steuer beseitigt (Anrechnungsmethode). Dies gilt namentlich für Dividenden, die nicht unter Absatz 1 fallen, für Zinsen, Lizenzgebühren, Aufsichtsratsvergütungen sowie für Einkünfte aus privaten brasilianischen Grundstücken.

Absatz 3 regelt für die Zwecke der Steueranrechnung nach Absatz 2, welche Beträge im einzelnen bei der Besteuerung von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren anzurechnen sind. Soweit der Anrechnungsbetrag die brasilianische Quellensteuer übersteigt, die von diesen Zahlungen nach dem Abkommen erhoben werden darf, handelt es sich um die Anrechnung fiktiver Beträge (sog. fiktive Steueranrechnung). Die fiktive Steueranrechnung bewirkt, daß die Ermäßigung der brasilianischen Quellensteuer nach dem Abkommen dem Steuerpflichtigen zugute kommt, und übt somit einen erheblichen Investitionsanreiz aus.

Zu Buchstabe a

Bei Dividenden, die nicht nach Absatz 1 von der deutschen Steuer freigestellt sind, wird ein Betrag von 25 v.H. der Dividenden auf die deutsche Steuer angerechnet, wenn der Steuerpflichtige — natürliche Person oder Körperschaft — zu mindestens 10 v.H. am Stimmkapital der brasilianischen Gesellschaft beteiligt ist. In allen anderen Fällen beläuft sich der Anrechnungsbetrag auf 20 v.H. der Dividenden.

Zu Buchstabe b

Bei Zinsen wird stets ein Betrag von 20 v.H. der Zinsen auf die deutsche Steuer angerechnet.

Zu Buchstabe c

Bei Lizenzgebühren im Sinne des Artikels 12 Abs. 2 Buchstabe b beläuft sich der Anrechnungsbetrag auf 25 v.H. oder 20 v.H. der Lizenzgebühren. Die

Anrechnung eines Betrages von 25 v.H. ist an die Voraussetzung geknüpft, daß der Empfänger der Lizenzgebühren zu mindestens 50 v.H. am Stimmkapital der zahlenden brasilianischen Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist und daß die Lizenzgebühren bei der zahlenden brasilianischen Gesellschaft nicht als Betriebsausgaben abzugsfähig sind.

Nach Absatz 4 beseitigt Brasilien bei einer in Brasilien ansässigen Person die Doppelbesteuerung durch die Anrechnung der deutschen Steuer, die nach dem Abkommen in der Bundesrepublik erhoben werden darf.

Zu Artikel 25

Dieser Artikel soll steuerliche Diskriminierungen verhindern. Er folgt im wesentlichen dem OECD-Musterabkommen und gilt für Steuern jeder Art. Durch die Absätze 6 und 7 des Protokolls zum Abkommen wird klargestellt, daß die Erhebung einer brasilianischen Kapitalertragsteuer von Betriebstätengewinnen sowie die Nichtabzugsfähigkeit von Lizenzgebühren nach brasilianischem Steuerrecht nicht gegen das Diskriminierungsverbot verstoßen.

Zu Artikel 26

Dieser Artikel sieht in Übereinstimmung mit dem OECD-Musterabkommen vor, daß sich die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten über die Vermeidung der Doppelbesteuerung in Einzelfällen verständigen und Auslegungs- oder Anwendungsschwierigkeiten in gegenseitigem Einvernehmen beseitigen können.

Zu Artikel 27

Dieser Artikel regelt den Austausch von Informationen, die zur Durchführung des Abkommens erforderlich sind.

Zu Artikel 28

Dieser Artikel bestimmt, daß die diplomatischen oder konsularischen Vorrechte nach sonstigen völkerrechtlichen Bestimmungen unberührt bleiben.

Zu Artikel 29

Dieser Artikel enthält die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 30

Dieser Artikel regelt die Ratifikation und das Inkrafttreten des Abkommens. Eine rückwirkende Anwendung des Abkommens ist nicht vorgesehen.

Zu Artikel 31

Dieser Artikel enthält Bestimmungen über eine evtl. Kündigung und das Außerkrafttreten des Abkommens.